

100 Jahre 1. Mai in Oldenburg

Der Festtag der Arbeiterbewegung in der Provinz

Werner Vahlenkamp



Verleger:

Verseinerung ARBEIT UND LEBEN Oldenburg

100 Jahre 1. Mai in Oldenburg

Der Festtag der Arbeiterbewegung in der Provinz

Werner Vahlenkamp

**Herausgeber:
Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Oldenburg**

A 90-2762



Herausgeber: ARBEIT UND LEBEN, Arbeitsgemeinschaft Oldenburg,
Kaiserstr. 4-6, 2900 Oldenburg

Oldenburg, April 1990

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Einleitung	7
Die Propagierung der Idee des 1. Mai auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1889	9
Die Umsetzung des Beschlusses in der Residenzstadt Oldenburg bis 1918	16
Der 1. Mai in der Zeit der Weimarer Republik	37
Das NS-Regime und der 1. Mai	51
Die Wiederbegründung als Tag der Arbeit nach 1945	61

Vorwort

Die Gewerkschaften feiern in diesem Jahr ein Jubiläum besonderer Art: Der "1. Mai" als internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wird 100 Jahre alt! Die Geschichte des 1. Mai spiegelt die Forderungen, Hoffnungen, Triumpfe, aber auch die tiefen Niederlagen der Arbeiterbewegung wider. Darüber hinaus wird deutlich, wie Forderungen der Arbeiterbewegung sich entwickeln, und welche Schwierigkeiten bei ihrer Durchsetzung auftreten können. So ist z. B. die Geschichte des 1. Mai auch die Geschichte des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit.

In den zahlreichen Veranstaltungen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit werden wir immer wieder bei der Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen auch mit historischen Fragen konfrontiert. Als Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN halten wir es für sehr wichtig, diese historischen Aspekte aufzuarbeiten und auch zu veröffentlichen.

Aus diesem Grund haben wir den Kollegen Werner Vahlenkamp gebeten, die in unserer Region vorhandenen Dokumente und Quellen zu sichten, auszuwerten und für die Bildungsarbeit aufzuarbeiten. Das vorliegende Ergebnis zeigt, daß der 1. Mai auch in der Provinz - wie z. B. in der Region Oldenburg - seit 100 Jahren immer wieder ein wichtiges Ereignis für die Arbeiterbewegung war und auch heute noch ist.

Wir haben uns deshalb entschlossen, diese Broschüre der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, damit einen kleinen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der regionalen Arbeiter- und

Gewerkschaftsbewegung zu leisten und wünschen uns, daß in möglichst vielen Veranstaltungen, von möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen - aber auch z. B. in Oldenburger Schulen - diese Broschüre gelesen und diskutiert wird.

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN

Arbeitsgemeinschaft OLDENBURG

Hubert Bittner

Vorsitzender

Bernd Bischoff

Päd. Mitarbeiter

Einleitung

100 Jahre 1. Mai sind ein Jahrhundert Demonstrations-, Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung, zugleich aber auch ein wichtiges Stück Gewerkschaftsgeschichte. Dieses gilt auch für die Oldenburger Arbeiterbewegung, deren tragende Säule mit die Gewerkschaften waren und die in dieser Stadt auf eine lange Tradition zurückblicken können.

So kann die Oldenburger Arbeiterschaft stolz darauf sein, daß einer ihrer Vertreter bei der Beschlußfassung über die Begehung des Weltfeiertages der Arbeit im Juli 1889 in Paris dabei war, und daß man sich hier sofort bereit erklärt hat, diese Empfehlung in die Realität umzusetzen. Dabei waren die Voraussetzungen alles andere als günstig. Oldenburg war (und ist) keine Industriestadt, vor 100 Jahren noch weniger als heute. Die Stadt hatte 1890 rund 25 000 Einwohner, die wenigen größeren Betriebe wurden zumeist patriarchalisch geführt. Eine Industrie war - in den Außenbezirken - nur in Ansätzen vorhanden. Vielmehr war die kleine Residenzstadt in erster Linie durch eine Hofhaltung, Behörden und vor allem durch das Militär geprägt, und dieses alles in einem weitgehend agrarisch geprägten Umland. Gegebenheiten, die nicht eben ein günstiger Nährboden für die Arbeiterbewegung waren.

Trotzdem schrieb die organisierte Arbeitnehmerschaft in den letzten gut 100 Jahren ein Teil der Stadtgeschichte mit und dazu gehört auch ein Jahrhundert 1. Mai in Oldenburg.

Nicht zuletzt um nachdrücklich daran zu erinnern, erschien diese Broschüre, deren Herausgabe die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN, Arbeitsgemeinschaft Oldenburg, übernahm. Sie ist darüber hinaus ein Baustein zu einer hoffentlich bald einmal erscheinenden Gesamtdarstellung der Geschichte der Oldenburger Gewerkschaften. Vieles konnte die Arbeiterbewegung in den letzten 100 Jahren erreichen. Manches harrt aber noch der Erledigung, neue Aufgaben stellen sich ständig.

So ist auch im 2. Jahrhundert die Idee des 1. Mai nicht überholt. Vielmehr wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, den heutigen "Tag der Arbeit" mit neuen Inhalten und Veranstaltungsformen zu verbinden, die der gewandelten Voraussetzungen Rechnung trägt, ohne aber die historischen Wurzeln zu verleugnen.

Oldenburg im April 1990

Werner Vahlenkamp

Die Propagierung der Idee des 1. Mai auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1889

Paris am 20. Juli 1889. Es war der letzte Tag des hier am Rande der Feierlichkeiten zur 100-Jahrfeier der französischen Revolution zusammengekommenen internationalen Arbeiter-Kongresses, zu dem die französischen Sozialisten eingeladen hatten. Man war schon fast mit der Tagesordnung durch, als der französische Delegierte Lavignes in einer Art Eigeninitiative nachfolgenden Antrag stellte, der dann ohne Aussprache einstimmig angenommen wurde:

"Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren (Kundgebung), und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderungen richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen. In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labour) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen."

Dieses war die Geburtsstunde des seit nunmehr 100 Jahren überall auf der Welt gefeierten Tages der Arbeit, wenn auch viel dafür spricht, daß kaum

einer der Delegierten in diesem Augenblick die Bedeutung und Tragweite dieses Beschlusses begriffen hatte.

Unter den 393 Delegierten dieses Kongresses, es waren die marxistisch orientierten Mitglieder der Arbeiterbewegung aus 22 Ländern, der nachträglich als Gründungsversammlung der Zweiten Internationale bezeichnet wurde, stellten die Deutschen mit 82 Vertretern die zweitstärkste Delegation. Darunter waren so bekannte Repräsentanten der Arbeiterbewegung wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Eduard Bernstein, Georg Heinrich von Vollmar, Klara Zetkin und Karl Legien, der Vater der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Im Deutschen Reich war zwar seit 1878 das Sozialistengesetz in Kraft, aber der Unterdrückungsmechanismus des Kaiserreiches war nicht etwa mit dem der NS-Zeit vergleichbar. So waren auch die deutschen Vertreter im wesentlichen aus Wahlen innerhalb der Arbeiterschaft hervorgegangen, teils in 125 öffentlichen Versammlungen oder wo derartige Versammlungen von der Polizei unterdrückt worden waren, durch Abstimmungen in Fabriken und Werkstätten. Die Wahlbeteiligung und das Interesse der Arbeiter war, wie G. H. von Vollmar stolz in Paris berichtete, kaum geringer gewesen, als bei Reichstagswahlen.

Mitglied der deutschen Delegation in Paris war auch der Lübecker Theodor Schwartz (1841 - 1922), der hier neben einigen anderen Arbeiterorganisationen Norddeutschlands auch die Arbeiterschaft der Residenzstadt Oldenburg vertrat. Er war hierzu am 30. Juni 1889 in einer öffentlichen Versammlung gewählt worden.

Den Anstoß dazu hatte "Das Norddeutsche Volksblatt" gegeben. Eine unter den Bedingungen des im Großherzogtum Oldenburg nicht so streng

ausgeübten Sozialistengesetz herausgegebene Zeitung, die in einem oldenburgischen Vorort des preußischen Wilhelmshaven erschien. Sie bezeichnete sich als ein den Arbeiterinteressen verbundenes Blatt. Ab 1890 wurde sie von Paul Hug herausgegeben, dem maßgeblichen Führer der Sozialdemokratie in Oldenburg und Ostfriesland von der Zeit des Sozialistengesetzes bis 1933.

In dieser Zeitung hatte erstmalig am 22. Mai 1889 ein Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zur Teilnahme an dem Kongreß in Paris gestanden, verbunden mit der Aufforderung, dafür Delegierte auf ortsübliche Art zu wählen. In den nächsten Wochen folgten noch mehrere Hinweise, bevor am 23. Juni 1889 nachfolgender Artikel erschien:

"Oldenburg, 21. Juni. Auch hier scheint man sich in den beteiligten Kreisen sehr für den internationalen Arbeiterkongreß in Paris zu interessieren. Wenn sich hier aber wirklich Leute mit dem Gedanken tragen sollten, daß auch von hier aus das Möglichste getan würde, um den Kongreß beschicken zu können, so wollen wir nicht unterlassen zu bemerken, daß diese Gedanken zur baldigen Ausführung gelangen müßten, damit die organisierten Arbeiter zu diesem Punkte Stellung nehmen können. Um nicht mißverstanden zu werden, muß ich bemerken, daß es sich für hier ja nur darum handeln würde, sich mit einem anderen Orte in's Einvernehmen zu setzen zur Entsendung eines gemeinschaftlichen Delegierten, wofür wir uns denn ja mit zur Deckung der entstehenden Unkosten verpflichten müssen. Es ist, das ist ja unbestreitbar, von der größten Wichtigkeit, daß eine stattliche Anzahl deutscher Arbeitervertreter auf dem Pariser Kongreß erscheinen, welche eine nach Millionen zählende

Arbeitermasse zu vertreten haben würde. Hoffen wir, daß auch wir uns mit zu jenen zählen können, welche dazu beigetragen haben, den Kongreß zu beschicken. Doch nochmal, rasch und schnell muß gehandelt werden."

Der Aufruf zeigte Erfolg, denn schon am 3. Juli 1889 konnte die gleiche Zeitung berichten:

"Oldenburg, 30. Juni. Heute nachmittag 2 Uhr fand in Habel's Hotel eine ziemlich gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand 'Der Internationale Arbeiterkongreß Paris'. Der Einberufer führt an, daß in den Reihen der organisierten Arbeiter in Oldenburg vielfach die Frage aufgeworfen wurde, ob die Arbeiter Oldenburgs nicht auch zu dem Kongreß und dessen Beschickung Stellung nehmen wollten. In Folge dessen habe er die heutige Versammlung einberufen. Nach der üblichen Bureauwahl erhielt Paul Hug aus Bant, der das Referat übernommen hatte, das Wort. In ca. 5/4stündiger Rede beleuchtete er die dem Kongresse vorliegende Tagesordnung. Er führt aus, daß die sozialpolitischen Fragen, welche die Tagesordnung ausmachen, ihrer Natur nach auf dem Wege internationaler Vereinbarung oder Gesetzgebung gelöst werden könnten, was schon durch das Rundschreiben des Schweizer Bundesraths bewiesen worden und zog dasselbe in Parallele mit der Tagesordnung des Kongresses. Im weiteren dränge die Internationalität der kapitalistischen Produktionsweise darauf hin, die Auswüchse derselben, unter welchen die Arbeiter aller Länder zu leiden haben, durch internationale Vereinbarungen zu beseitigen. Ferner seien solche Kongresse angethan, das Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu stärken und die künstlichen Schranken, die zwischen den Völkern errichtet und bestehen, zu beseitigen. Weiter würden Eindrücke, welche die Theilnehmer mit zu Hause brin-

gen, auf die Gewerkschaftsbewegung befruchtend wirken. Kurzum, es sei Pflicht der zielbewußten Arbeiter, alles zu fördern, was das Klassenbewußtsein der Arbeiter weckt. Es sei daher wünschenswerth, daß auch von Oldenburg eine Vertretung ermöglicht werde. Er bedauere, daß es ihm nicht gestattet sei, dem ehrenden Auftrage zu entsprechen und die Delegation nach Paris zu übernehmen, er schlage daher vor, den Former Th. Schwartz in Lübeck mit dem Mandate zu betrauen. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Redner und sprachen sich alle für die Beschickung aus. Der Antrag, dem Former Th. Schwartz in Lübeck das Mandat zu übertragen, wurde einstimmig angenommen."

Theodor Schwartz, den die Oldenburger auf Vorschlag von Paul Hug nach Paris entsandten, war von Beruf Former, hatte zeitweilig als Schiffskoch gearbeitet und betrieb zu dieser Zeit als Broterwerb in Lübeck eine Speisegaststätte. Er war der bekannteste Führer der Arbeiterbewegung in der Hansestadt und sollte von 1890 bis 1918 - mit einer kurzzeitigen Unterbrechung - als erster Sozialdemokrat den Wahlkreis Lübeck im Reichstag vertreten. Außerdem wurde er 1889 Vorsitzender des Zentralvereins deutscher Former, gab jahrelang deren Fachblatt heraus und war 1890 an der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beteiligt. In der Region war er den wenigen Sozialdemokraten insofern nicht unbekannt, da er von 1888 bis 1894 Mitarbeiter der auch in Lübeck verbreiteten "Nord-Wacht" war, einer sozialdemokratischen Zeitung, die im gleichen Verlag wie das "Norddeutsche Volksblatt" in Bant erschien. Bei der Reichstagswahl 1887 war er der Kandidat der Sozialdemokratie im 1. oldenburgischen Wahlkreis gewesen, der die Stadt Oldenburg und das gleichnamige Amt, die Gemeinden Jade und Schweiburg, sowie die Für-

stentümer Birkenfeld und Lübeck umfaßte. Das letztgenannte Fürstentum (Hauptstadt Eutin) umfaßte das Umland der Hansestadt und gehörte zum Großherzogtum Oldenburg. Nicht zuletzt durch die Arbeit der Lübecker Sozialdemokraten war hier die Arbeiterbewegung stärker als im Kernland.

Die Arbeiterbewegung in der Stadt Oldenburg (Partei und Gewerkschaften) hatte zu dieser Zeit, nachdem durch das Sozialistengesetz 1878 die ersten Organisationen zerstört worden waren, wieder etwas an Boden gewonnen. So hatte sich im Herbst 1885 ein "Fachverein der Tischler und verwandten Berufe" gebildet, dem im Frühjahr 1886 ein Maurerfachverband folgte. Am 1. November 1886 gründeten die Schneider einen Verband, dem danach Fachvereine für Böttcher, Bäcker, Zimmerer, Maler, Stellmacher sowie Schuster, Gerber und Buchbinder folgten. Nun hatten diese Fachvereine, in denen sich hauptsächlich die Gesellen zusammenschlossen, nicht alle unbedingt Gewerkschaftscharakter, sondern waren vielfach noch "zünftisch" geprägt. Aber immerhin waren sie doch ein Potential für die "moderne" Arbeiterbewegung, wie sich die sozialistische Richtung, in Abgrenzung zu den liberalen Arbeiterbildungsvereinen und den wirtschaftsfriedlichen Gewerkvereinen, die in Oldenburg lange eine starke Stellung hatten, nannte.

Nachdem auch 1878 die 1875 gegründete Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei - der lassalleianische Ortsverein von 1869 hatte nur kurz bestanden - dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen war, erfolgte zu dieser Zeit auch eine Neugründung der Parteiorganisation. Getarnt als "Club Freundschaft" wurde am 1. Juni 1888 die Sozialdemokratie in Oldenburg neu belebt. Dem "Club Freundschaft" gehörten im wesentlichen

Metallarbeiter, die 1890 einen Verband gründeten, wie aber auch einige Vorsitzende der genannten Fachvereine an.

Einen "Fachverein der Glasarbeiter und verwandten Berufsgenossen zu Oldenburg" gründeten am 10. März 1889 die Arbeiter der Glashütte zu Osternburg. Die Arbeiter dieses größten Betriebes im Bereich der Stadt Oldenburg mit rund 500 Beschäftigten waren allerdings "ein eigenes Völkchen" und zu dieser Zeit nicht unbedingt besonders aktiv an der Bildung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation beteiligt.

Die Umsetzung des Beschlusses in der Residenzstadt Oldenburg bis 1918

Über den Kongreß und die dabei gefaßten Beschlüsse informierte Schwartz am 19. August 1889 vor rund 200 Zuhörern die Oldenburger Arbeiter. Darüber heißt es im "Norddeutschen Volksblatt" vom 21. August:

"Die am Sonntag in Habel's Hotel abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in welcher Herr Th. Schwartz aus Lübeck als Delegirter der Oldenburger Arbeiter zum internationalen Arbeiterkongreß zu Paris referierte, war sehr gut besucht. Der Referent legte in schlichter, aber desto wirksamerer Rede die Gründe dar, weshalb das arbeitende Proletariat aller Länder sich entschlossen hätte, einen allgemeinen internationalen Kongreß zu veranstalten, um damit aller Welt zu zeigen, daß es gewillt ist, seine Forderungen bis in die letzten Konsequenzen zu vertreten, ohne sich jedoch deshalb utopistischen Forderungen hinzugeben. Redner schilderten zuerst die Schwierigkeiten, welche der Kongreß, der verschiedenen Nationalitäten wegen, ebensowohl in der Leitung, wie bei den Debatten zu bewältigen hatte. Auf die Bedeutung des Kongresses näher eingehend, bemerkt er, daß wenn auch früher schon internationale Kongresse stattgefunden hätten, sie nie die Bedeutung des diesmaligen erlangt haben, weil, während früher wissenschaftlich sozialistische Fragen von Seiten geschulter Männer berathen und diskutiert wurden, es diesmal hauptsächlich die "schwielige Faust" war, welche sich auf dem Kongreß, unbekümmert um den von gewisser Seite geschürten

und genährten Nationalitätenhaß, die Hand zum Bruderbunde reichte. Nachdem der Redner noch Näheres über die Zusammensetzung des Kongresses berichtete, ging er näher auf die Reden der Deligirten zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung ein ... Hervorzuheben sind besonders die Berichte der Deligirten der Bergarbeiter und Glasarbeiter in Bezug auf Kinderarbeit und die Ausbeutung derselben durch den allmächtigen Moloch, genannt Kapital, vor welchem nicht einmal die unschuldige Kinderwelt sicher sei. Diese Deligirten hätten geradezu Unerhörtes berichtet, was denn auch durch die Forderung des Verbots der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren besonders zum Ausdruck gelangt sei. - Als ein recht erfreuliches Zeichen sei es zu begrüßen, daß auch die bis jetzt sich teilnahmslos verhaltenen Seeleute ihr Solidaritätsgefühl dadurch bekundet, indem sie gleichfalls einen Deligirten entsendet hätten. Redner bringt sodann die gefaßte Resolution Zur Verlesung. Er charakterisiert dann noch das Verhalten der einzelnen auf dem Kongreß anwesenden Anarchisten und hebt besonders hervor, daß es gerade die deutschen Deligirten gewesen seien, welche durch ihr besonnenes, ruhiges, aber energisches Auftreten dafür gesorgt hätten, daß der Kongreß seine Arbeiten ruhig zu Ende führen konnte ... Mit der Aufforderung, aus den Verhandlungen des Kongresses sich die Lehren für weiteres Arbeiten und umfangreichere Agitation zu ziehen, und dafür mit allen Kräften einzustehen, daß die Kongreßbeschlüsse verwirklicht würden, schloß der Redner seinen gediegenen, nach jeder Richtung hin belehrenden Vortrag unter nicht enden wollen dem Beifall der Versammlung ... Herr Hug, der bekanntlich die Kandidatur der Arbeiterpartei bei der nächsten Reichstagswahl übernommen, forderte mit kräftigen Worten die Arbeiter auf, sich aus den Verhandlungen des Kon-

gresses die Konsequenzen zu ziehen und bei allen Gelegenheiten für die Verwirklichung der Kongreßbeschlüsse einzutreten."

Trotz dieses ausführlichen Berichts in der Zeitung wurde der Beschluß über den 1. Mai aber nicht ausdrücklich erwähnt, obwohl Schwartz auch darüber berichtet haben muß. Denn auch die "Nachrichten für Stadt und Land", Oldenburgs bedeutendste, bürgerlich-konservativ geprägte Zeitung, hatte über die Veranstaltung berichtet. Darin heißt es, daß der Referent bekanntgegeben habe, daß am 1. Mai nächsten Jahres zur Einführung des 8 Stundentages in allen Ländern eine Kundgebung erfolgen solle. Nähere Einzelheiten dazu würden noch durch die Arbeiterpresse bekanntgegeben.

Der Pariser Kongreß hatte den Arbeiterorganisationen der verschiedensten Länder bei der Ausgestaltung des Feiertages freie Hand gelassen. Gleich nach der Reichstagswahl im Januar 1890, der die offiziell noch verbotene Sozialdemokratie mit knapp 1,5 Millionen Stimmen zur stärksten Partei werden ließ - in Oldenburg Stadt und Landgemeinde sowie in Osternburg hatte Hug 572 Stimmen erhalten, drei Jahre vorher waren es für Schwartz nur 34 gewesen - beschäftigte sich die neue SPD-Reichstagsfraktion mit dieser Frage. Diese, die in der Zeit des Sozialistengesetzes auch die Funktion des Parteivorstandes ausübte, gab die Empfehlung, es an diesem Tage nicht zur Konfrontation kommen zu lassen. Denn Staat und Arbeitgeber hatten bereits deutlich erkennen lassen, daß sie einer Arbeitsniederlegung an diesem Tage nicht untätig zusehen würden. Da zudem abzusehen war, daß das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890 fallen würde, wollte man dieses nicht gefährden, so lautete die Empfehlung:

"Unter solchen Umständen können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tag allgemeiner Arbeitsruhe machen."

Aber entscheiden mußten die örtlichen Organisationen. Am 30. März 1890 kamen etwa 200 Personen zur Beratung dieser Frage zusammen, um für Oldenburg dieses zu klären. Geleitet wurde diese Versammlung von dem Zigarrenarbeiter Stock, maßgebliches Mitglied des "Club Freundschaft". Über die Versammlung heißt es am 2. April 1890 im "Norddeutschen Volksblatt":

"Oldenburg, 31. März. Die auf gestern Nachmittag anberaumte Versammlung der gewerklichen Arbeiter bei Duvenhorst in Eversten war sehr gut besucht. Herr Junge aus Bremen war das Referat übertragen worden. Derselbe sprach in zirka 1 1/2 stündigem Vortrag über die Bedeutung und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen, der oft von lebhaftem Beifall begleitet war. Uebergehend zu dem Pariser Kongreß sprach der Redner über die Kundgebung zu Gunsten der Einführung des 8stündigen Arbeitstages und empfahl den versammelten Oldenburger Arbeitern, den 1. Mai, der zur Kundgebung vom Pariser Kongreß bestimmt worden, nicht wie an einigen Orten beabsichtigt sei als Feiertag zu feiern, sondern sie sollten eine Versammlung oder gesellige Zusammenkunft an diesem Abend veranstalten, um für die Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren. Nach Herrn Junge sprach Herr Paul Hug aus Bant im gleichen Sinne über die Feier des 1. Mai. Es wurde eine Resolution angenommen, welche besagt, daß am 1. Mai eine große öffentliche Versammlung stattfinden soll mit der Tagesordnung: 'Der Achtstunden-

tag'. Das Arrangement hierzu hat das heutige Versammlung leitende Bureau zu treffen, auch für einen Referenten Sorge zu tragen."

Dieses aus drei Personen bestehende "Festcomitee" ging an die Arbeit und lud Ende April die Arbeiter von Oldenburg und Osterburg aus Anlaß des 1. Mai zu einem "Großen Ball" ein. In einer dazu herausgegebenen Erklärung hieß es, daß *"bei dieser Gelegenheit ein Redner auftreten und über den achtstündigen Arbeitstag einen Vortrag halten"* werde.

Aber selbst dieses harmlose Vergnügen, das ja kaum Demonstrationscharakter tragen sollte, wurde von der Obrigkeit verboten, wie sich aus der Notiz der Nachrichten für Stadt und Land vom 3. Mai 1890 ergibt:

"Der 1. Mai. Abgesehen von den Unruhen, welche der 1. Mai als Umzugstag stets mit sich bringt, ist derselbe bei uns in Oldenburg so ruhig verlaufen wie jeder andere Tag. Von einer demonstrativen Bewegung der Arbeiter zu Gunsten des Achtsturentages war nichts zu merken. Anfangs war im 'Grünen Hof' eine Festlichkeit geplant, bei welcher auch über den Achtsturentag Vortrag gehalten werden sollte, doch daraus ist ebenso wenig geworden, wie von einem Tanzvergnügen, wozu die Erlaubniß behördlicherseits versagt wurde."

Empört über dieses Verbot reagierte das Norddeutsche Volksblatt, wo es am 4. Mai 1890 hieß:

"Auch hier hatten die Philister eine heillose Angst vor dem 1. Mai. Die von Gott eingesetzte Obrigkeit hat sie aber fürsorglich vor Schaden bewahrt und die von den Arbeitern im 'Grünen Hof' geplante Unterhaltung zur Feier des Achtsturentages verboten. Wir haben bis jetzt nicht erfahren können, womit

man das Verbot begründet. Die Veranstalter der Unterhaltung wollen gegen das Verbot zuständigen Ortes Beschwerde erheben. Wie dem nun auch sei, daß man mit diesem Verfahren die junge Arbeiterbewegung Oldenburgs nicht unterdrückt. Das Gefühl, Unrecht erduldet zu haben und anders behandelt zu werden als die übrigen Staatsbürger, verbittert das Gemüth der Arbeiter und macht sie überzeugungstreuer. Auch ist das Verfahren außerordentlich geeignet, neue Rekruten zu werben."

Ob es späte Einsicht war, der Fall des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 oder die Erkenntnis, daß man mit derartigen Verboten kaum die Arbeiterbewegung unterdrücken konnte, ist nicht bekannt. Jedenfalls konnte 1891 die erste Maifeier in Oldenburg stattfinden. Wiederum sind wir über den Ablauf nur durch eine Pressenotiz (Norddeutsches Volksblatt 6. Mai 1891) unterrichtet:

"Die Maifeier, die bei Ratjen in Eversten abgehalten wurde, verlief glänzend und ruhig. Die Festrede, die Vorträge und das Theaterstück 'Die Bismarckspende' wurden beifällig aufgenommen und belustigte sich nachdem das junge Volk, soweit es ihm gelang Platz zu erhalten, an dem darauffolgenden Tanz. Trotz des ruhigen und würdigen Verlaufes der Maifeier konnte es den Wochenschau-Plauderer der 'Nachrichten für Stadt und Land', Herr Franz Poppe, doch nicht über sich gewinnen, einige recht alberne Witze darüber zu reißen und einen recht herzlich schlechten Vers dazu zu machen ... Uebrigens braucht er nicht den Mund so sehr aufsperrn und prahlen, die 'oberen Zehntausend' hätten vor dem 'Mene tekel' der Maidemonstration keine Furcht. Sie haben mehr Furcht als wie nöthig ist, sonst würde man nicht

allerorts am 1. Mai und auch in Oldenburg das Militär parat gehalten und den Wachen scharfe Patronen gegeben haben."

In der erwähnten Polemik von Franz Poppe hatte es recht ironisch u. a. geheißen:

"Da loben wir uns doch unsere Oldenburger Arbeiter! Sie mußten zwar auch ihre Maifeier haben, aber das war doch nur ein lammfrommes Vergnügen, welches sie gestern im sicheren Stübchen hinter dem Eversten Holz sich gestatteten. Ueberhaupt sind die ursprünglich so gefürchteten Maifeiern im deutschen Reiche weiter nichts als großartige Kaffee-Kränzchen, auf denen man auf Kosten seiner getreuen Nachbarn weidlich die Zunge rührt."

Poppe hatte insofern recht, daß diese erste Maifeier in Oldenburg sicherlich nicht besonders imposant war. Aber die Arbeiterbewegung war zu dieser Zeit in der Residenzstadt eben noch recht schwach. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dürfte kaum 250 betragen haben. Aber selbst davor hatte die Staatsgewalt ja schon Angst, wie das Verbot im Jahr zuvor gezeigt hatte und in diesem Jahr die Ausgabe von scharfer Munition an die Wachen der zahlreichen hier liegenden Truppen.

Die Form der Abendveranstaltung anläßlich des 1. Mai sollte in den nächsten Jahren in Oldenburg noch beibehalten werden. Mehr konnte man einfach wegen der geringen Zahl an Mitgliedern nicht wagen. Aber die Feiern wurden zunehmend politischer. Kundgebungen mit Forderungen und Resolutionen rückten in den Mittelpunkt. Waren es bei den ersten Maifeiern vor allem sozialpolitische, darunter vor allem der 8-Stunden-Tag, gewesen, so wurde ab 1. Mai 1894, entsprechend einem

Beschluß des Internationalen Arbeiterkongresses von 1893, dieser Tag zu Aufrufen für den Frieden genutzt.

Da aber offensichtlich das Verlangen nach Vergnügen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung recht groß war und am 1. Mai nun zunehmend auf den internationalen und klassenkämpferischen Charakter der Arbeiterbewegung hingewiesen wurde, veranstaltete man ab 1894 im Sommer regelmäßig ein Gewerkschaftsfest. Zwar war auch hier die Politik nicht ganz außen vor, mit einer Eröffnungsrede wurde immer begonnen, aber in erster Linie hatte diese Veranstaltung Volksfestcharakter. Erstmals hatten 1894 rund 200 Oldenburger Gewerkschafter mit ihren Familien einen Ausflug ins Ammerland unternommen, aber schon ein Jahr später sollte dieses Fest in Oldenburg veranstaltet werden. Dazu lud man auch auswärtige Kollegen ein.

Fast wäre dieses Gewerkschaftsfest allerdings gescheitert, denn ohne jegliche Begründung verbot der Amtshauptmann und der Magistrat der Stadt dieses. Nur die sofort eingelegte Beschwerde beim Staatsministerium rettete es denn doch noch. Allerdings wurde der Festzug mit allerlei Auflagen verbunden. So wurde verlangt, daß sich dieser *"von den Festzügen üblicher Art nicht unterscheidet und keine roten Fahnen oder provozierenden Abzeichen mitgeführt werden dürfen"*.

Der Umzug mit etwa 1000 Teilnehmern ging von einer Gaststätte in Eversten durch die Haupt-, Lange-, Kurwick- und Ofener Straße zum Festplatz, der sich auf der Hibbels Weide an der Bloherfelder Chaussee befand.

Die Teilnehmer kamen aus Oldenburg, Bremerhaven, Geestemünde, Bremen, Delmenhorst und Wilhelmshaven. Zwei Kapellen *"schmetterten"* dabei nach einem zeitgenössischen Bericht *"die Arbeitermarseillaise in die Luft"*. Aber die Polizei war trotzdem zufrieden, denn nach einem von ihr verfaßten Bericht kamen während des Umzuges und auf dem Festplatz *"keine Ruhestörung oder Exzesse vor"*.

Am Eingang zum Festplatz prangte ein großes Plakat mit dem Bildnis von Lassalle und rote Aufschriften wie *"Willkommen Ihr Männer der Arbeit"* und *"Die Arbeiter sind der Fels auf den die Kirche der Zukunft gebaut wird"*, das alle einlud.

Als Festredner hatte man groß August Bebel angekündigt, aber schon bevor man überhaupt seine Zusage erhalten hatte. Als er wegen einer andersweitigen Verpflichtung absagen mußte, war der Bremer Redakteur Dr. Diedrich eingesprungen, der aktuelle Forderungen vortrug. *"Hiernach amüsierten sich die Arbeiter in den Zelten und Buden des Festplatzes, der übrigens durch den Regen bald aufgeweicht war, bis in die Nacht hinein."* So eine örtliche Zeitung.

Es war die größte Veranstaltung, die die Oldenburger Gewerkschaften bisher durchgeführt hatten und vor allem der Kassierer konnte zufrieden sein. Seine Abrechnung zeigte einen Überschuß von gut 500 Mk.

Bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein sollte das alljährlich stattfindende Gewerkschaftsfest ein fester Bestandteil des Festtagskalenders der Oldenburger Arbeiterschaft sein.

Inzwischen hatte die Gewerkschaftsbewegung in der Stadt einen stetigen, wenn auch bescheidenen, Aufschwung genommen. Wobei dieses aber mit "Oldenburger Maßstäben" zu sehen ist.

Das örtliche Gewerkschaftskartell, 1890 als Zusammenschluß der einzelnen Verbände gegründet, hatte 1895 14 Einzel-Gewerkschaften. Es waren dies die Bauarbeiter, Buchdrucker, Dachdecker, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Handlungshilfsarbeiter, Maler, Maurer, Sattler und Tapezierer, Schneider, Schumacher, Tabakarbeiter und Zimmerer sowie Metallarbeiter. Zusammen hatten alle Verbände am 1. Januar 1896 589 Mitglieder. Stolz ausgewiesene Erfolge, wie z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit im Bauhandwerk von täglich 10 1/2 auf 10 Stunden im Jahre 1895, konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Arbeitskämpfe vielfach auch verloren gingen. So 1894 bei den Glasmachern und 1896 bei den Maurern. Derartige Niederlagen hatten zumeist eine starke Resignation bei den Mitgliedern zur Folge, so daß ganze Einzelverbände sich wieder auflösten. 1899 hieß es daher in einem Bericht über die Sitzung des Kartells "Norddeutsches Volksblatt", 5. August 1899:

"In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Lohnbewegung in der jungen und verhältnismäßig schwachen Gewerkschaft, bei welchem die Mitglieder die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und eine straffe Disziplin vermissen ließen, den Rückgang geschuldet seien. Es sei daher notwendig, daß das Kartell bei Lohnbewegungen ein wachsames Auge habe, um übereilten Schritten eventuell entgegenzutreten zu können."

Seit Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts war das Kartell mit den freien (sozialistischen) Gewerkschaftsverbänden aber die zahlenmäßig

größte Arbeitnehmerorganisation in der Stadt, was sich insbesondere bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse und zu den Gewerbegerichten, den Vorläufern der Arbeitsgerichte, zeigte. Hier konnten fast regelmäßig die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine geschlagen werden, obwohl diese den Liberalen nahestehenden Verbänden auch weiterhin eine Konkurrenz blieben. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine beteiligten sich nicht an den Feiern zum 1. Mai. Christliche Gewerkschaften spielten dagegen im protestantischen Oldenburg keine Rolle. Der am 1. April 1906 in Oldenburg von einem Pfarrer ins Leben gerufene katholische Arbeiterverein verstand sich auch nicht als Gewerkschaft.

Stark blieb die Zahl der Unorganisierten. So war es u. a. kaum möglich, die ungelernten Fabrikarbeiter zu organisieren. Das Kartell sprach bei ihnen von einem starken "Indifferentismus", und die Beschäftigten der Staatsbetriebe, hier insbesondere in den Eisenbahnwerkstätten, konnten bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts nicht für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gewonnen werden. Zumal es auch die öffentlichen Arbeitgeber strikt ablehnten, überhaupt mit den Gewerkschaften in irgendeine Verbindung zu treten, geschweige denn mit ihnen Tarifverträge abzuschließen.

Im Gegenteil, die Schikanen seitens der Polizei, und dieses geschah zweifellos auf höhere Anweisung, waren weiterhin vorherrschend, wie sich aus dem Bericht des Kartells für das Jahr 1895 ergibt:

"Gleichen Schritt mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung hielten die Polizeimaßregeln gegen die organisierte Arbeitnehmerschaft. Ueber das Vereinslokal wurde die Polizeistunde verhängt und das Abhalten von

Vergnügen der Gewerkschaften am 1. Sonntag im Monat, an welchem keine öffentlichen Lustbarkeiten stattfinden dürfen, werden Schwierigkeiten in den Weg gelegt, ja sogar die Erlaubniß verweigert, die jedem Klimbim-Verein ertheilt wird."

Bliebe noch anzumerken, daß daneben besonders die Militärbehörden der zahlreich in Oldenburg liegenden Truppen erhebliche Angst hatten, daß die Soldaten in irgendeiner Weise mit der örtlichen Arbeiterbewegung in Kontakt kommen könnten. So wurde regelmäßig am 1. Mai, aber auch am Tage des Gewerkschaftsfestes, den Soldaten der Ausgang verboten. Vereinslokale der Gewerkschaften durften Soldaten nicht betreten, sie standen unter Militärboykott. Wurden Soldaten dort festgestellt, und sei es nur, daß sie dort ihr Bier tranken, mußten diese mit Arrest rechnen. Zur Überwachung dieses Verbotes wurde auch die städtische Polizei eingesetzt, wie sich aus einem Geheim-Erlaß des Staatsministeriums vom 30. Juni 1905 ergibt:

"Im Interesse der Fernhaltung der sozialdemokratischen Lehren und Anschauungen vom Heere wird auf Ersuchen des Königlichen Garnisonkommando in Oldenburg angeordnet, dass die Polizeiorgane (Gendarmen, Schutzleute u. s. w.) dahin mit Anweisungen versehen werden, dass sie in den Fällen, wo der militärischerseits verbotene Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen und Lokalen seitens Angehöriger des stehenden Heeres zu ihrer Kenntnis kommt, deren Namen oder doch wenigstens die Kompagnie und Seitengewehrnummer feststellen und dem betreffenden Truppenteile zur Anzeige bringen."

Selbstverständlich mußte alle gewerkschaftliche Arbeit zunächst ehrenamtlich erledigt werden. Davon war insbesondere Karl Heitmann betroffen, um die Jahrhundertwende einige Jahre Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, der für die Mitglieder, aber auch nichtorganisierte Arbeiter, kostenlos Rechtsschutzangelegenheiten aller Art bearbeitete. So mußte er allein im Jahre 1903 in 708 Fällen Auskunft geben, davon waren in 333 Angelegenheiten schriftliche Arbeiten notwendig. Bereits damals hieß es in einem Bericht, *"daß in der bisherigen Weise die Auskunftsstelle nicht mehr aufrecht zu erhalten ist"*. Aber es sollte noch bis 1912 dauern, bevor sich auch die Oldenburger Gewerkschaften ein hauptamtlich besetztes Arbeitersekretariat leisten konnten, das diese für die Arbeiter so segensreiche und auch notwendige Vertretung ihrer Interessen vor Behörden und Gerichten übernehmen konnte.

Denn inzwischen war die Zahl der Einzelverbände wie auch die Mitgliedszahlen erheblich angestiegen. Hatten sich 1904 erst gut 850 Arbeiter in 17 Organisationen dem Kartell angeschlossen, so waren es 1908 schon 1787 bei 22 Einzelgewerkschaften. 1912 umfaßte das Kartell 24 Gewerkschaften mit ca. 2372 Mitgliedern, von denen - erstmals ausgewiesen - 24 weiblichen Geschlechtes waren. Neben dem Arbeitersekretariat gab es zu dieser Zeit nur beim Bauarbeiterverband einen hauptamtlichen Funktionär.

Vorsitzender des Gewerkschaftskartells war seit 1904 der Schneidermeister Jacob Klein (1866 - 1943), der 1888 Vorsitzender des Schneider-Fachvereins geworden und seit dieser Zeit in der Arbeiterbewegung tätig war.

Untergebracht waren das Kartell, das Arbeitersekretariat sowie die Büros der Verbände im Oldenburger Gewerkschaftshaus, Kurwickstraße 2, das

teilweise als Gastwirtschaft betrieben wurde und damit auch den meisten Einzelgewerkschaften als Verkehrslokal diente.

Dieses Haus, das dem eng mit der Arbeiterbewegung verbundenen Gastwirt Friedrich Wilhelm Boerner gehörte, der vorher die Gesellenherberge "Zum großen Verkehr" in der Achternstraße gehabt hatte, war Mitte März 1911 bezogen worden. Über die Einweihung dieses für die Oldenburger Arbeiterbewegung so bedeutenden Gebäudes heißt es im "Norddeutschen Volksblatt", vom 21. März 1911:

"Die Einweihung des Gewerkschaftshauses Kurwickstraße fand am Sonnabend unter recht zahlreicher Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder statt. Nachdem der Frauenchor des Arbeiter-Gesangvereins "Liedertafel" und die vereinigten Männerchöre des Gesangvereins "Vorwärts" und der "Liedertafel" mehrere stimmungsvolle Lieder zum Vortrag gebracht hatten, schilderte Genosse Heitmann in kurzen Zügen die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Oldenburg und übergab dann das Gewerkschaftshaus seinem Zweck. Noch lange blieben die Festteilnehmer in froher Stimmung beieinander, die noch durch verschiedene Gesangsvorträge gewürzt wurde. Möge das Gewerkschaftshaus eine Pflegestätte der Arbeiterbewegung sein und die Arbeiterschaft in ernsten und heiteren Stunden vereinigen."

In diesem Hause war es dem Kartell auch möglich, Räume für die wachsende Kulturarbeit bereitzustellen. So unterhielt das Kartell hier eine eigene Bibliothek, aus der "aller Schmock ferngehalten" wurde, sowie einen Raum für die Arbeiter-Jugend. Außerdem konnten hier Vortragsabende veranstaltet und Konzerte gegeben werden.

Die wachsende Stärke der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in den letzten Jahren vor dem 1. Weltkrieg, drückte auch den Maifeiern ihren Stempel auf. Längst war der 1. Mai zu dem bedeutendsten Tag im Jahr für den bewußten Gewerkschafter geworden. 1897 kamen beispielsweise rund 400 Personen zu einer Abendveranstaltung zusammen, auf der der Hamburger Gewerkschafter Ludwig Kimmel ein fast zweistündiges Referat hielt. Danach wurde nach Angabe der "Nachrichten für Stadt und Land" vom 3. Mai 1897 nachfolgende Resolution angenommen, die den wesentlichen Inhalt des Vortrages zusammenfaßte:

"Die heutige zahlreich besuchte Volksversammlung stellt von neuem an die herrschenden Gewalten die Forderung auf durchgreifenden Arbeiterschutz und Achtsturentag. Die Versammlung erklärt ferner, daß hiermit nicht allein die Beseitigung der wirtschaftlichen Misere zu erreichen sei, sondern nur durch die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die gesellschaftliche sei die Befreiung der Arbeiter von der Knechtschaft des Kapitals zu erwarten. Sie gelobt, unausgesetzt für die Ideen des Sozialismus thätig zu sein, und fordert die Arbeiter auf, sich ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Die Versammlung weist zugleich den von der herrschenden Klasse künstlich geschürten Nationalhaß von sich und reicht den Arbeitsbrüdern aller Länder die Bruderhand zur Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals."

Die obengenannte Zeitung, sonst nicht gerade der Arbeiterbewegung freundlich gesinnt, war so beeindruckt, daß sie kurz danach schrieb: *"Seitdem sich die hiesigen Gewerkschaften zu einem Gewerkschaftskartell zusammengeschlossen haben und demzufolgend eine geschlossene Orga-*

nisation besitzen, ist u. E. das Aufgebot der hiesigen organisierten Arbeiter eine nicht zu unterschätzende Macht."

Zwar wurde auch in den nächsten Jahren an der Form der Abendveranstaltungen festgehalten, diese wurden aber zunehmend politischer. Tanzveranstaltungen gab es nicht mehr; bestenfalls im Anschluß ein kulturelles Programm. 1900 beschlossen als erste Berufsorganisation die Schneider der Stadt, den Tag in Form einer Arbeitsruhe zu begehen. Sie konnten dieses wagen, da sie recht gut organisiert waren. Für sie und die anderen Arbeiter, die gleichfalls den Mut dazu hatten, an diesem Tage der Arbeit fernzubleiben, fand am Morgen des 1. Mai 1900 um 10 Uhr eine Kundgebung in einem Lokal in der Nelkenstraße statt. Anschließend unternahmen sie einen Spaziergang mit demonstrationsähnlichem Charakter durch die Stadt, denn ein richtiger Demonstrationzug wäre wohl nicht gestattet worden. Viele Arbeiter, die erstmals in Oldenburg diesen 1. Mai in Form der Arbeitsruhe begingen, wurden anschließend rigoros entlassen oder einige Wochen ausgesperrt.

Es diente daher nicht zuletzt dem Schutz der organisierten Arbeiter, die Abendveranstaltungen beizubehalten. Der 1. Mai 1904 fiel aber auf einen Sonntag, und so war es möglich, an diesem Tag einen Festzug durch die Stadt von Osternburg zur Nelkenstraße zu veranstalten, an dem immerhin 700 Arbeiter teilnahmen. Der Marsch endete mit einer Kundgebung, die aber in geschlossenen Räumen stattfinden mußte. Jede der Maiveranstaltungen endete, wie bereits erwähnt, mit einer zur Abstimmung gestellten Resolution, die immer aktuell die Forderungen artikuliert. Einige sind überliefert, wie beispielsweise die aus dem Jahre 1906:

"In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse der Arbeiter aller Länder und mit den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekunden die Versammelten, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft eintreten für die Verwirklichung der Gedanken, die durch die Maifeier zum Ausdruck gebracht werden. Die Versammelten betrachten die klassenbewußten Proletarier aller Länder als Kampfgenossen, mit denen sie gemeinsam für die Völkerverbrüderung, für die Erhaltung des Friedens und Förderung des Kulturfortschritts kämpfen. Die Versammelten erklären, einzutreten für die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und jeglicher Unterdrückung. Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß: ein höchstens 8 Stunden dauernder Normalarbeitstag; eine mindestens 36 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche; Verbot der Erwachsenenarbeit für Kinder im Alter von unter 14 Jahren. Die Versammelten fordern die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und unbeschadet darum, ob sie in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr oder im öffentlichen oder Gemeinderat ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Arbeiter. Vor allem Sicherstellung des Koalitionsrechts, der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeitsversicherung. Da die Rechte der Arbeiter nur dann sicher gestellt sind, wenn die Arbeiter ihre Rechte selbst vertreten, so fordern die Versammelten: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen. Die Versammelten fordern die Beseitigung des Unrechts, welches in

dem Vorrecht des Besitzes, in dem elendsten aller Wahlsysteme, in dem Dreiklassenwahlrecht zum preußischen Landtag und den diesen nachgebildeten Wahlsystemen zum Ausdruck kommt. Die Versammelten fordern die Beseitigung jeglicher Vorrechte des Besitzes und der Geburt. In der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur die Rechte erhält, die sie sich selbst erringt und ununterbrochen verteidigt, geloben die Versammelten, zu diesem Zwecke sich dauernd in politischen und wirtschaftlichen Kampforganisationen zusammenzuschließen. Zur Wahrung der politischen Rechte schließt sich die Arbeiterklasse in der sozialdemokratischen Partei zusammen; Zur Er kämpfung wirtschaftlicher Vorteile vereinigen sich die Arbeiter in den Gewerkschaften. Die Kampforganisationen der Arbeiter sind ein dauernder Protest gegen bestehende Unterdrückung und sie sind Machtmittel zur Erringung weiterer Rechte. Der vereinigte Kampf des Proletariats aller Länder ist das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. In dieser Erkenntnis geloben die Versammelten, mit aller Kraft für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse wirken zu wollen."

Da der 1. Mai 1910 wiederum auf einen Sonntag fiel und der Stadtmagistrat erstmalig die Genehmigung zu einer Kundgebung unter freiem Himmel erteilt hatte, versammelten sich die Oldenburger Arbeiter an diesem Tage auf dem Waffenplatz. Fahnen durften allerdings nicht mitgebracht werden, auch eine Musikkapelle fehlte. Die Rede hielt der Redakteur Stelling aus Lübeck, der gleichzeitig Reichstagskandidat der Sozialdemokratie im 1. oldenburgischen Wahlkreis war. Die Osterburger Arbeiter absolvierten ihr eigenes Programm. Mit Musik an der Spitze marschierte man mit Familie nach Bümmerstede ins Grüne, wo man von

herrlichem Wetter begünstigt einige Stunden bei Vorträgen, Kinderbelustigungen usw. zusammen verbrachte. Am Abend fanden zwei weitere Veranstaltungen in der Stadt Oldenburg sowie in der Turnhalle zu Osterburg statt.

Auch in den nächsten Jahren sollte der Stadtmagistrat die Kundgebungen auf dem Waffenplatz genehmigen. Offiziell hielt sich dabei die uniformierte Polizei im Hintergrund, aber überwacht wurden die Kundgebungen immer. So heißt es in einem Bericht des Schutzmannes Pophanken an den Stadtsyndikus Janssen über den Verlauf der Maifeier des Jahres 1911, dessen Referent der Redakteur Schulz aus Bant war:

"Die am 1. d. Mts., abends, auf dem Waffenplatz abgehaltene Maifeier nahm einen ruhigen Verlauf. Es hatten sich ca. 400 Teilnehmer, darunter mehrere Neugierige und sogar einige Schüler höherer Lehranstalten, eingefunden, die dem Redner Gehör schenkten. Um 7 1/4 Uhr, nachdem letzterer 1/2 Stunde lang gesprochen hatte, endete die Feier mit einem dreifachen Hoch. Die Zuhörer entfernten sich nach allen Richtungen und in etwa 10 Minuten war der Platz geräumt."

Eine von der Schulbehörde aufgrund dieses Berichtes eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Schüler aber nur aus Neugierde gekommen waren, nicht etwa aus besonderer Sympathie für die Arbeiterbewegung. Außerdem hieß es aus dem Gewerkschaftskartell, daß in diesem Jahr einige Berufe den Tag durch Arbeitsruhe begangen hätten. Man war recht stolz darauf, wenn man es auch nicht ausdrücklich propagierte.

Diese Form der Kundgebungen setzte sich in den darauffolgenden Jahren immer mehr durch, und zwar parallel zur Abendveranstaltung. So heißt es

in den "Nachrichten für Stadt und Land" vom 2. Mai 1913 über die am Tage zuvor stattgefundene Maifeier:

"Die eigentliche Einleitung zur gestrigen Maifeier bestand in einer am Waffenplatz veranstalteten Demonstrationsversammlung unter freiem Himmel. Als der in Verhinderung des angekündigten Redners Henke erschienene Filialleiter Fohrmann vom Metallarbeiter-Verband Bremen gegen 4 Uhr das Wort nahm, schloß sich ein großer, dichter Kreis von Zuhörern um den zur Rednertribüne umgewandelten Rollwagen. In außerordentlich verständlicher Weise mit einem für einen Volksredner wie geschaffenen Organ, ging der Redner zunächst auf die Bedeutung der nicht nur in Deutschland, sondern auch von der Arbeiterschaft fast aller übrigen Kulturländer abgehaltenen Maifeier ein und streifte dabei die mit der Verkürzung der Arbeitszeit ebenfalls anzustrebende Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Nach näherem Eingehen auf die allgemeine politische Lage, vornehmlich der augenblicklich so krisenreichen in der Weltpolitik, sprach Redner noch über das Wettrüsten und die neue Militärvorlage in Deutschland, deren Nachteile für die Arbeiter er dabei hervorhob. Mit einem beifällig aufgenommenen, dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung, worauf die Teilnehmer auseinandergingen. Anschließend hieran fanden im Vereinshaus, Nelkenstraße, und in der Tonhalle, Osternburg, besondere Festlichkeiten statt, die durch verschiedene Vorführungen mit folgendem Festball interessant gestaltet waren und guten Besuch aufzuweisen hatten."

Unter besonderen Vorzeichen stand der 1. Mai 1914. Schließlich galt es, die 25. Wiederkehr dieses Festtages der Arbeiter zu begehen. Dazu ver-

sammelten sich nun in einem der größten Lokale der Stadt - Doodts Etablissement (später Astoria) -, wo neben der obligatorischen Festrede ein Konzert mit Gesangsstücken der Arbeitersänger und -chöre stattfand. Wohl keiner der Teilnehmer dürfte in dieser ausgelassenen Stimmung geahnt haben, daß die nächste Maifeier erst fünf Jahre später wieder stattfinden sollte.

Denn nur drei Monate nach diesem 1. Mai brach der Weltkrieg aus, und die 25 Jahre zuvor in Paris gegründete "2. Internationale" zerbrach. Die immer wieder am 1. Mai beschworene Solidarität der Arbeiter aller Länder endete in den Schützengräben. Eingefangen von dem nationalistischen Fieber des August 1914 schlossen Gewerkschaften und SPD mit der Staatsgewalt den sogenannten Burgfrieden, was auch bedeutete, daß die Maifeiern während des Krieges eingestellt wurden. Jedenfalls gab der Parteivorstand der SPD und die Generalkommission der Gewerkschaften entsprechende Empfehlungen. Wo sich örtliche Organisationen nicht daran hielten, griffen die Militärbehörden aufgrund der Zensurvorschriften ein und verboten sie. Das "Norddeutsche Volksblatt" erinnerte in einem Beitrag am 1. Mai 1915 an diesen Tag, in dem es hieß: *"Erster Mai. Tag der Freude, der Hoffnung und Zuversicht einst Tag der Trauer, des bitteren Schmerzes diesmal"*. Paul Hug tröstete in diesem Blatt aber alle damit, *"daß die Verwirklichung der Ideen, die der Maifeier zu Grunde liegen, auch nach dem Kriege wieder betrieben werden würden"*.

In Oldenburg hielt man sich während der gesamten Dauer des Krieges an die Empfehlung. Offizielle Maifeiern fanden hier nicht statt.

Der 1. Mai in der Zeit der Weimarer Republik

Beendet wurde der über vierjährige Krieg durch die Revolution, die Oldenburg am 7. November 1918 erreichte. An dem an diesem Tage hier unter maßgeblicher Mitwirkung von Wilhelmshavener Matrosen gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat waren auch führende Mitglieder des Gewerkschaftskartells beteiligt. Faktisch waren sie die Arbeitervertretung in diesem Revolutionsorgan. Führend dabei war Karl Heitmann, auch Mitglied des Direktoriums des Freistaates Oldenburg, also der Landesregierung, die nach dem Sturz der Monarchie gebildet wurde.

Dieses gab den Gewerkschaften in dieser allgemeinen Aufbruchsstimmung, wenn auch verdüstert durch den verlorenen Krieg und die sich daraus ergebenden Folgen, großen Auftrieb. Was sich u. a. in einem erheblichen Mitgliederzuwachs ausdrückte. Besonders die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten dabei die größten Erfolge. Wichtige sozialpolitische Gesetze, für die die Arbeiterbewegung jahrezehntelang gekämpft hatte, wurden durch die Regierung der Volksbeauftragten, der sozialistischen Übergangsregierung auf Reichsebene, gleich nach deren Amtsantritt erlassen. Darunter auch die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages, dem bisher wichtigsten Anliegen, zu deren Durchsetzung man ja einst den 1. Mai als Kampftag geschaffen hatte. Auch wurden jetzt die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer von den Arbeitgebern allgemein anerkannt. Dabei vereinbarten die zukünftigen Sozial- und Tarifpartner die gemeinsame Lösung aller wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme. Die bereits von der Übergangsregierung verkündete Koaliti-

onsfreiheit wurde von den Unternehmern anerkannt. Tarifverträge sollten fortan durch eine Verordnung für rechtsverbindlich erklärt werden. Damit wurde den Arbeitnehmern ein klagbarer Anspruch auf die Arbeitsbedingungen gegeben.

Zugleich änderte sich die Organisationsstruktur der Gewerkschaften. Aus der bisherigen "Generalkommission der Freien Gewerkschaften" wurde der etwas zentralistischer geführte "Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" (ADGB). Er setzte sich aus 52 Berufs- und Industrieverbänden zusammen. Das bereits damals angestrebte Industriegewerkschaftsprinzip - ein Betrieb eine Gewerkschaft - konnte dabei aber nicht voll durchgesetzt werden. Gewachsene Strukturen, insbesondere bei Berufsverbänden, erwiesen sich als recht zählebig. Eng verbunden mit dem ADGB war der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA), die Spitzenorganisation der freien (sozialdemokratisch orientierten) Angestelltengewerkschaften sowie der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB). Die christlichen Gewerkschaften schlossen sich im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen und die liberalen bisherigen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine nannten sich zukünftig Gesamtverband Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Obwohl es sicherlich möglich gewesen wäre, zusammen mit den anderen langjährigen gewerkschaftlichen Forderungen, in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 auch den 1. Mai als bezahlten Feiertag einzuführen, unterblieb dieses aber. In der im Januar 1919 gewählten Nationalversammlung, in der die Arbeiterparteien SPD und USPD keine absolute Mehrheit bekommen hatten, war dieses dann nicht mehr durchsetzbar.

Zwar beschloß die Nationalversammlung am 17. April 1919 den 1. Mai 1919 als Feiertag zu begehen, aber das sollte ausdrücklich nur für dieses Jahr gelten. Außerdem mußte man Konzessionen gegenüber den bürgerlichen Parteien machen. So sollte der 1. Mai 1919 "zugleich als eine Volkskundgebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbund" begangen werden. Diese im Gesetzestext festgeschriebenen Anliegen zeigen, daß es eine Mischung aus dem herkömmlichen Arbeiterfeiertag und einem Kampftag für nationale Ziele werden sollte. Manche Gewerkschafter meinten damals, daß der Preis für die nur einmalig gewährte Arbeitsbefreiung zu hoch wäre.

Der Reichstag konnte sich in der Zeit der Weimarer Republik nie wieder dazu durchringen, den 1. Mai als Feiertag festzuschreiben. Vielmehr überließ man den Länderparlamenten die Regelung. Aber es waren nur wenige Länder, wie Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Sachsen und Schaumburg-Lippe, in denen dieses durchsetzbar war. In Bremen war der 1. Mai in den ersten Jahren der Republik auch ein offizieller Feiertag, aber bereits 1922 wurde er als solcher von einer bürgerlichen Mehrheit wieder abgeschafft. Im Freistaat Oldenburg war es der SPD trotz mehrmaliger Vorstöße im Landtag nicht möglich, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

Allerdings gelang es den Gewerkschaften in einer Reihe von Vereinbarungen und Tarifverträgen eine Regelung hinsichtlich der Teilnahme der Arbeitnehmer an dem 1. Mai zu erreichen. Wer an diesem Tage feiern und der Arbeit fernbleiben wollte, konnte Urlaub nehmen oder mußte auf den

Tagesverdienst verzichten. Repressionen kamen zwar noch gelegentlich vor, waren aber nicht mehr die Regel - wie noch im Kaiserreich.

Erstmals nach fünf Jahren konnte somit der 1. Mai im Jahre 1919 auch in Oldenburg wieder begangen werden. Aufgerufen von dem Ortsausschuß des ADGB versammelte man sich an diesem Tage zu einer erstmals ohne Auflagen genehmigten Demonstration durch die Stadt. In einer Pressemeldung heißt es über diese erste Maifeier nach dem Kriege in Oldenburg:

"Die Maifeier verlief hier in der vorgesehenen Weise programmgemäß. Von 2 1/2 Uhr an versammelten sich die zahlreichen Gewerkvereine auf dem Pferdemarktplatz, und gleich nach 3 Uhr setzte sich der Festzug in Bewegung. Den Zug eröffneten zahlreiche streikende Metallarbeiter, und dann kamen in langer Reihenfolge alle die angeschlossenen Vereine. Männer, Frauen und Kinder befanden sich im Zuge. Drei Musikkapellen lieferten die Musik, mehr denn 20 Fahnen, zahlreiche Schilder wurden im Zuge getragen. Letzterer bewegte sich durch die Stadt nach Eversten. Hier hielt Böttcher Gaeger die Festrede. Ballfestlichkeiten in verschiedenen Lokalen des Ortes bildeten den Schluß des Festes, dessen Verlauf alle Beteiligten vollauf befriedigte."

Der erwähnte Festredner Friedrich Gaeger (1875 - 1933) war seit Februar 1919 Vorsitzender der SPD in Oldenburg, ein Amt, das er bis zum Verbot der Partei im Jahre 1933 bekleiden sollte. Hauptberuflich war der gelernte Böttcher Vorsitzender des Landesausschusses für Arbeiter und Angestellte (Landesarbeiterrat), der 1919 als Nachfolger des Arbeiter- und Soldatenrates gebildet worden war. Er hatte die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer im Freistaat Ol-

denburg wahrzunehmen. Eine Institution, die dem Staatsministerium angegliedert war und die Graeger bis zu dessen Auflösung durch die Nazis leitete.

War die Maifeier 1919 noch in recht ausgelassener Stimmung begangen worden, so war das Klima für die Arbeiterbewegung ein Jahr später aber schon wesentlich rauher. Es hatte erhebliche Rückschläge gegeben. Dieses wirkte sich auch auf die Maifeier 1920 in Oldenburg aus, über deren Verlauf es in den "Nachrichten für Stadt und Land" vom 03.05.1920 heißt:

"Der 1. Mai wurde von den Arbeitern durch Arbeitsruhe gefeiert. Zum Demonstrationzuge versammelten sich die einzelnen Gewerkschaften gegen 3 Uhr nachmittags auf dem Pferdemarkte. Unter Vorantritt einiger Musikkapellen setzte sich der Zug in Bewegung. Er berührte die Heiligengeiststraße, Langestraße, Haarenstraße, die Ofener- und die Auguststraße. Im Ziegelhofsgarten nahmen die Berufsgruppen mit ihren Fahnen Aufstellung. Nach dem Abspielen des Sozialistenmarsches und einigen Vorstellungen der vereinigten Arbeitergesangsvereine nahm Arbeitersekretär Pazer das Wort zu einer Festrede, in der er auf die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterschaft hinwies. Es gilt, so führte Redner u. a. aus, den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Unterdrückung des Proletariats und gegen die bürgerliche Reaktion. Die Arbeiterschaft mußte die Einheitsfront herstellen gegen alle Feinde. Am 1. Mai soll der Einheitsgedanke unter der Arbeiterschaft wieder Wurzeln schlagen. Nur durch die Internationalität kann der Sozialismus verwirklicht werden. Nachdem noch Herr Haneberger, Wilhelmshaven, in ähnlichem Sinne gesprochen hatte, dankte Herr Graeger beiden Rednern für ihre Ausführungen und schloß mit einem Hoch auf den internationalen Sozialis-

mus. Hierauf erreichte die Demonstration ihren Abschluß. Abends fanden in den verschiedenen Lokalen Tanzfestlichkeiten statt."

Waren die Maifeiern bis 1914 zusammen von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisiert und getragen worden, so mußte in der Zeit der Weimarer Republik Rücksicht auf die Spaltung der Arbeiterparteien (SPD, USPD - kam 1922 zur SPD zurück - und KPD) genommen werden. Denn alle fühlten sich den Ideen des 1. Mai verbunden. So einigte man sich stillschweigend darauf, daß die Maifeiern von den Gewerkschaften organisiert wurden. Die Vertreter der Parteien kamen im Verlauf der Demonstration oder Kundgebung zu Wort. Keine aber sollte dabei dominieren. Ein Kompromiß, der in den ersten Jahren der Republik auch von allen beachtet wurde, wie sich aus dem Bericht über die Maifeier 1921 ergibt ("Nachrichten für Stadt und Land" vom 02.05.1921):

"Maifeier. Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, den 1. Mai zu einer wirkungsvollen Kundgebung zu gestalten, hat auch bei der oldenburgischen Arbeiterschaft Widerhall gefunden. Begünstigt vom herrlichsten Frühlingswetter - denn heller Sonnenschein lag über der in jungfräulichem Blütenschmuck prangenden Natur - versammelten sich gestern nachmittag um 2 Uhr die meisten Gewerkschaften unter ihrem Banner auf dem Pferdemarktplatz, wo sich der Demonstrationzug ordnete, in dem sich über Tausend Teilnehmer mit 11 Fahnen und Emblemen sowie zwei Musikkapellen befanden. Er bewegte sich über Heiligengeiststraße, Langestraße, Achternstraße, Schüttingstraße, Haarenstraße, Ofenerstraße, Meinardusstraße, Hindenburgstraße, Gaststraße zum Marktplatz. Dort hielt vor einer tausendköpfigen Menschen-

menge nach Absingen eines Liedes durch den Gesangsverein "Liedertafel", Osterburg, Arbeitersekretär Bubert, Osnabrück, die Festrede. Er ging ein auf die Bedeutung des 1. Mai als internationalen Feiertag der Arbeit, auf die Errungenschaften der Revolution, welche die Arbeiterschaft festhalten mußte, und die ihr von der Kapitalistenklasse wieder streitig gemacht würden. Er forderte auf dem Gebiete der inneren Politik vor allem Weiterausbau der Sozialpolitik, auf dem Gebiete der äußeren Politik Aufhebung des Friedensvertrages und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. An die Frauen richtete er besonders den Appell, endlich auch die Zusammenhänge unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erkennen zu lernen, und schloß mit einem Hoch auf die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Damit hatte die Demonstration ihr Ende erreicht. Die Mitglieder und Freunde der drei sozialistischen Parteirichtungen hatten jeder besondere Festlichkeiten veranstaltet. Die sozialdemokratischen Anhänger zogen unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem Ziegelhof, wo Gartenkonzert mit gemeinsamen Gesangsvorträgen der Gesangsvereine "Gutenberg" und "Sängerbund", turnerische Aufführungen des Arbeitertumvereins und Saalfahren des Arbeiter-Radfahrervereins Osterburg reiche Abwechslung boten. Ein Festball, der durch eine markante Ansprache des Arbeitersekretärs Bubert, in der er sich besonders an die Frauen und die Angestellten wandte, unterbrochen wurde, beschloß die würdig verlaufende Feier."

An Forderungen, für die es sich auch weiterhin lohnte zu demonstrieren, gab es in der Zeit der Weimarer Republik keinen Mangel. Zwar war durch die Revolution einiges erreicht worden, aber längst nicht alles. Einiges ging auch wieder verloren, darunter auch das Herzstück sämtlicher Forderungen seit 1890, die gesetzliche Einführung des Achtstundenarbeitstages.

Er wurde zwar nicht direkt aufgehoben, aber doch durch eine Regierungsverordnung erheblich durchlöchert. Auch die nach 1918/19 immer deutlicher erhobene Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie, u. a. in Form der Mitbestimmung durch Betriebsräte, wurde zwar eingeleitet, blieb aber weit hinter den Erwartungen der Arbeitnehmer zurück. Ausgesprochen fortschrittlich war dagegen das 1927 erlassene Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch die ein Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung geschaffen wurde.

Sicherlich hätten die Gewerkschaften trotz aller Widrigkeiten (Wiedererstarken der bürgerlich-reaktionären Kräfte, Inflation als Auswirkung des verlorenen Krieges, Reparationen usw.) noch mehr erreichen können, wenn sie nicht aus den Reihen der Arbeiter selbst immer wieder geschwächt worden wären. Die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung wirkte sich auch innerhalb der Gewerkschaften aus und minderte ihre Kampfkraft.

Schuld daran war in erster Linie die KPD, die immer mehr unter dem Einfluß von Moskau geriet und in der Gewerkschaftsfrage eine abenteuerliche und verhängnisvolle Politik betrieb. Mal hieß ihre Parole *"Hinein in die Gewerkschaften, erobert sie von innen"*, dann wieder *"Heraus aus den Freien Gewerkschaften, schafft die revolutionäre Gewerkschaftsopposition"*. So wurden eigene "rote" Gewerkschaften, vor allem in den Bereichen Metallindustrie, dem Bergbau, bei Eisenbahnern und Hafenarbeitern gegründet, die zwar zum größten Teil nur auf dem Papier standen und keine besonders beeindruckende Mitgliederzahlen erreichen sollten, trotzdem aber

natürlich die Gewerkschaftsbewegung spalteten, und ihr somit einen Teil der Kampfkraft entzogen.

Auch in Oldenburg gab es in der Endphase der Weimarer Republik derartige "RGO-Gewerkschaften", wenn auch in geringerem Maße. Vor allem wegen der Schwäche der regionalen und örtlichen KPD, andererseits arbeiteten KPD-Mitglieder hier weiter. Vor allem im Metallarbeiterverband und im Baugewerksbund waren sie recht stark.

Trotzdem gab es auch hier Auseinandersetzungen mit der KPD, was sich insbesondere bei den Maifeiern zeigte. Die zunächst allseits akzeptierte Vereinbarung, bei den Maifeiern jegliche parteipolitische Werbung zu unterlassen, wurde von der KPD erstmals 1922 gebrochen. KPD-Mitglieder führten in diesem Jahr entgegen den Auflagen Transparente im Demonstrationszug mit, auf denen es u. a. hieß *"Hoch lebe Sowjet-Rußland"*. Nach heftigen Auseinandersetzungen versprach die KPD, im nächsten Jahr dieses zu unterlassen, was auch geschah. Aber bereits 1924 brach man wieder das Versprechen, und aus Verärgerung darüber sah der Ortsausschuß des ADGB 1925 von einer öffentlichen Kundgebung aus Anlaß des 1. Mai ab, *"da im vorigen Jahre die Kommunisten den Beschluß, keinerlei parteipolitische Propaganda im Festzuge zu betreiben, durchbrochen hatten"*, wie es in der Erklärung hieß.

Die SPD führte daraufhin am Vormittag dieses Tages eine *"gut besuchte Versammlung in Osterburg durch und am Abend folgte in Eversten ein Unterhaltungsabend mit nachfolgendem Tanz"*.

Die KPD veranstaltete am Nachmittag dieses Tages einen Demonstrationzug, der von Osternburg zum Pferdemarkt führte. Aber kaum mehr als 50 Personen nahmen daran teil.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde versprachen die Kommunisten dann 1926, sich in diesem Jahr an die Abmachungen zu halten, und so führten die Gewerkschaften unter ihrer Regie in diesem Jahr wieder die Demonstration durch.

"An dem vom ADGB veranstalteten Festzuge nahmen etwa 1500 Personen teil. Im Zug befanden sich mehrere Musikkapellen und ein Trommler- und Pfeiferkorp des RFB (= Roter Frontkämpferbund, kommunistische Frontkämpferorganisation), dem eine kleine Gruppe der KPD folgte. Im übrigen war der Zug nach Gewerkschaften geordnet. Außer 21 Fahnen wurden verschiedene Schilder mit Aufschriften im Zuge getragen" so ein Polizeibericht. Zusätzlich veranstaltete die SPD eine eigene Morgenveranstaltung in der Osternburger Tonhalle, die KPD hatte in das gleiche Lokal zu einer Abendveranstaltung geladen.

Dieses war die letzte Maifeier, die man mit der KPD zusammen veranstaltete, danach folgte die Trennung. So stand die Maifeier 1927 schon ganz im Zeichen des Zwistes, wie auch aus dem Bericht der "Republik" vom 3. Mai 1927 hervorgeht:

"Ein Bild der Uneinigkeit, ein Hohn auf den Kampftruf des geistigen Begründers des Sozialismus: 'Proletarier aller Länder vereinigt euch!' bot die Maifeier der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Oldenburgs, hervorgerufen durch die bekannten Quertreibereien der Kommunisten, wie der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB Gerken, in der Maifestversammlung

mit Recht betont, daß es nur zu begrüßen sei, daß es endlich einmal zu einer reinlichen Scheidung gekommen sei. Nur durch die Langmut der Amsterdamer Richtung (= Zusammenschluß der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften) habe sich dieser unerträgliche Zustand herausgebildet. In den Industriestädten und auch anderswo sei man über diese Dinge längst hinweg. Die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft werde sich durch die gegnerischen Machinationen nicht beirren lassen, den Maientag würdig zu begehen. Und so war es auch. Die Abendfeier der Sozialdemokratischen Partei im "Ziegelhof" gestaltete sich zu einer äußerst würdigen und genußreichen. Auf der Bühne standen auf hohem Postament die Büsten von Karl Marx, Ferdinand Lassalle und das Bild Friedrich Eberts umrahmt von grünem Lorbeer. Mit Musikstücken wechselten Prolog, Darbietungen des Gesangsvereins "Gutenberg", der Arbeiterjugend und des Arbeitersportvereins ab. Die Festrede hielt Genosse Graeger, in welcher er die bekannten Forderungen der Arbeiterschaft zum 1. Mai hervorhob und den Zersplitterern der Einigkeit Kampf ansagte. Er schloß mit einem Hoch auf die internationalen Arbeiterbewegung. Mit einem Ball fand die Feier nach Mitternacht ihren Abschluß. - Der Demonstrationszug der kommunistisch geleiteten Gewerkschaften wies eine Beteiligung von ca. 300 Personen auf."

Die Gesamtmitgliedschaft im Ortsausschuß Oldenburg des ADGB umfaßte Ende 1927 5470 Mitglieder. Ein Jahr zuvor waren es noch 4923 gewesen. 1927 waren davon 4790 männlichen Geschlechts, 334 Frauen und 346 Jugendliche, die besonders im Rahmen gewerkschaftlicher Jugendarbeit betreut wurden. Aufgeteilt waren sie in 16 Berufsverbände, wobei der Baugewerkbund mit 1102 Mitgliedern der größte Verband war. Ihm folgte der Einheitsverband der Eisenbahner mit 1057 Mitgliedern, danach kam

der Verkehrsbund mit 532, der Holzarbeiterverband hatte 421 und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 367 Mitglieder.

Vorsitzender des Ortsausschusses war zu dieser Zeit der Tischler Karl Gerken, dem danach der Bauarbeiter Johann Flach (1873 - 1960) folgte. Sekretär des Einheitsverbandes der Eisenbahner war der SPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Wübbenhorst (1888 - 1958), der auch Vorsitzender der Oldenburger Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war.

Im Jahre 1928 stand die Maifeier im Zeichen der wenige Wochen später stattfindenden Reichs- und Landtagswahlen, die der SPD große Erfolge brachten, und sie wies wegen der Mobilisierung im Vorfeld dieser Auseinandersetzung eine große Beteiligung auf. Es war das letzte Jahr der sog. "goldenen 20er Jahre". Die Wirtschaft hatte ihre Rezessionsphase überwunden und es herrschte fast Vollbeschäftigung.

Was aber wohl keiner bei dieser vom besten Wetter begünstigten Maifeier geahnt haben dürfte, war die Tatsache, daß es danach schnell bergab ging. Noch aber herrschte Optimismus und Zuversicht, wie aus dem Pressebericht vom 3. Mai 1928 der "Republik" hervorgeht:

"Die Aufforderung, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, war wohl der größte Teil der Arbeiterschaft gefolgt. Daher konnte nachmittags auch ein Festzug die Straßen Oldenburgs passieren, wie er in den letzten Jahren nicht zustande gebracht wurde. Möge die zahlreiche Beteiligung ein günstiges Zeichen dafür sein, daß die Arbeiterschaft am 20. Mai restlos die Macht des Stimmzettels ausnutzt und so zur Verbesserung ihrer Verhältnisse beiträgt. Diese Hoffnung bildete auch den Unterton in der Festrede des Kollegen

Schlüter, Bremen (Holzarbeiterverband), die mit einem Hoch auf den internationalen völkerbefreienden Sozialismus geschlossen wurde."

In den nächsten Jahren war die Beteiligung aber schon wesentlich geringer. In der Endphase der Weimarer Republik kennzeichnet scharfe Auseinandersetzungen und die damit verbundenen sozialen Spannungen, begleitet von einem stetigen Abbau sozialer Rechte, die Maifeiern. Die auch in Oldenburg immer stärker werdende Arbeitslosigkeit schuf Resignation und Radikalismus.

Es fanden immer zwei getrennte Feiern statt: Eine, zu der vom Ortsausschuß des ADGB und der SPD-Ortsgruppe, sowie der ihnen nahestehenden Verbände aufgerufen wurde. Die andere veranstaltete die KPD. Diese konnte vor allem unter den Arbeitslosen immer mehr Anhänger gewinnen. Außerdem nahmen die Gewalttätigkeiten zu. Die NSDAP schickte sich an, in Oldenburg ihre Hochburg zu etablieren und schreckte vor offenem Terror gegenüber der Arbeiterbewegung nicht zurück.

Erstmals in der Zeit der Weimarer Republik mußte die Polizei verstärkt bei den Demonstrationen und Festlichkeiten anläßlich des 1. Mai präsent sein, nicht zuletzt, um sie zu schützen. Sie verfaßte über diese Einsätze Berichte, und einem derartigen Schriftstück entnehmen wir Einzelheiten über den 1. Mai 1931:

"Mai-Feier des K.P.D. An dem Mai-Umzuge der Kommunisten beteiligten sich rd. 700 Personen, einschl. Frauen und Kinder. Im Zuge marschierten in SA-Uniform die aus der N.S.D.A.P. ausgetretenen und zur K.P.D. übergetretenen Arbeiter Weert de Buhr und Nagelschmidt, die ein Plakat mit der Aufschrift "S.A.-Proleten, reiht Euch ein in die rote Klassenfront" trugen.

Abends fand in Osterburg eine Feier statt, bei der die "Blauen Blusen" und eine Schalmeyenkapelle aus Bremen mitwirkten. Zu Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist es am 1. Mai nicht gekommen.

Maifeier der S.P.D., der Gewerkschaften, der Arbeiter-Jugend und der Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

An dem Umzug durch die Straßen der Stadt zum Ziegelhof nahmen rd. 2000 Personen, darunter allein rd. 500 Arbeiter und Angestellte der G.E.G.-Fleischwerke teil. Im Ziegelhof hielt nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesarbeiterrat Graeger der Vorsitzende des Osnabrücker Metallarbeiter-Verbandes Haas eine längere Ansprache über die Bedeutung des 1. Mai. Der übrige Teil des Nachmittags und der Abend wurden mit Vorführungen der Arbeiter-Turn- und Sportvereine und mit Tanz aufgefüllt. Beide Ziegelhofsäle waren voll besetzt. Die Feier verlief ohne Störungen."

Die letzte Maifeier in der Zeit der Weimarer Republik im Jahre 1932 konnte nur noch in geschlossenen Räumen stattfinden. Die Polizei hatte alle Demonstrationzüge verboten. Das Dritte Reich warf seine Schatten voraus.

Das NS-Regime und der 1. Mai

"Die Machtübernahme im ganzen Reich durch die nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung bedingt die Verankerung dieser Macht innerhalb der Arbeiterschaft, d. h. die Übernahme der international (staatsfeindlich) eingestellten Gewerkschaften. Dieser Schritt wurde am 2. Mai 1933, morgens 10 Uhr - nachdem am vorhergehenden Tage die gesamte deutsche werktätige Bevölkerung unter dem Hakenkreuz marschierte und das durch ihr Bekenntnis zum nationalsozialistischen Programm bekundete - in ganz Deutschland einheitlich durchgeführt. Im Gau Weser-Ems, bzw. im Oldenburgischen und in der Stadt Oldenburg konnten die dem Gesamtverband der Freien Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen ohne alle Schwierigkeiten von der NSBO übernommen werden. Um einen ruhigen Verlauf der gesamten Aktion von vornherein zu gewährleisten, mußten die Vorsitzenden der in Frage kommenden Verbände in Schutzhaft genommen werden."

Mit dieser knappen Presseerklärung der Oldenburger NSBO (Nationalsozialistische-Betriebszellen-Organisation) vom 2. Mai 1933, die am nächsten Tag von den "Nachrichten für Stadt und Land" abgedruckt wurde, war das Ende der Gewerkschaften in Oldenburg, wie überall im Deutschen Reich, gekommen. Was hier vor der Nazipropaganda dargestellt und zu einem pathetischen historischen Weiheakt umgelogen und hochstilisiert wurde, war in Wirklichkeit ein brutales Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht der organisierten deutschen Arbeiterschaft.

Die unter dem Stichwort "Gleichschaltung" auch in Oldenburg rigoros betriebene Anpassung und Veränderung in allen politischen und gesell-

schaftlichen Bereichen war zu dieser Zeit bereits sehr weit fortgeschritten. Nach der Zerschlagung der KPD und der Ausschaltung der SPD einschließlich aller ihr angeschlossenen und nahestehenden Organisationen, waren bis Mitte April 1933 nur noch die Gewerkschaften vorhanden, wenn sich auch bereits hier Auflösungserscheinungen bemerkbar machten. Nach der Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 setzte zwar eine Politik der Nadelstiche gegen die Gewerkschaften ein, zunächst ging die Hauptstoßrichtung aber gegen die Parteien der Arbeiterbewegung. Viele Gewerkschafter glaubten deshalb, daß ihre Organisationen im NS-Staat weiter bestehen könnten. Für viele heute unverständlich, setzten sich innerhalb des Gewerkschaftsapparates diejenigen Kräfte durch, die eine Politik der Anpassung betrieben, und im gleichen Maße, wie die Notwendigkeit des Widerstandes stieg, wuchs seine Aussichtslosigkeit. Wegen der Besetzung einiger Gewerkschaftshäuser wurden zwar wiederholt Appelle an den Reichspräsidenten gerichtet, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen, aber dieses schlug natürlich fehl. Gleichzeitig kam es auf Seiten der Freien Gewerkschaften zu einer Loslösung von der Sozialdemokratie.

Diese neuerliche Spaltung der Arbeiterbewegung kam den Nazis natürlich sehr entgegen. Hier setzten sie denn auch ein. So wurde für alle überraschend am 10. April 1933 durch ein Reichsgesetz beschlossen, daß der 1. Mai fortan als "Tag der nationalen Arbeit" ein gesetzlicher und bezahlter Feiertag werde. Damit ging zwar die jahrzehntelange Forderung der Arbeiterbewegung in Erfüllung, aber es hätte der Gewerkschaftsführung klar sein müssen, daß es den Nazis um etwas ganz anderes ging. Trotzdem gab der ADGB-Vorstand in Berlin eine Erklärung heraus, in der es hieß:

"Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat."

Danach folgte die Aufforderung an die Mitglieder, sich an der Feier *"festlich zu beteiligen"*.

Auch in Oldenburg führte diese Empfehlung des Bundesvorstandes zu einer heftigen Auseinandersetzung - so insbesondere unter den jüngeren Gewerkschaftern. So lud z. B. Erwin Fritzsche, seinerzeit Vorstandsmitglied des regionalen Buchdruckerverbandes, einige Tage vor dem 1. Mai die Betriebsräte und Vertrauensleute dieser Organisation zu einer Sitzung ein, um sie gegen eine Teilnahme an der NS-Veranstaltung zu überreden. Am 28. April 1933 wurde er dann verhaftet.

Trotz der offiziellen Aufforderung, an den von den Nazis organisierten Maifeiern teilzunehmen, wurden an den Vorbereitungen aber selbst anpassungswillige Gewerkschafter nicht beteiligt. Das Schicksal der Gewerkschaften war bereits besiegelt. Auf einer NS-Führerkonferenz war Mitte April schon die Zerschlagung der Gewerkschaften am Tage nach dem 1. Mai beschlossen worden. Entsprechende geheime Rundschreiben wurden am 21. April an die Gauleitungen herausgegeben. Aber auch die SPD ging auf Distanz zu ihren bisher engsten Bündnispartnern. So sagte der Vorsitzende Otto Wels bei seinem letzten Auftreten in Deutschland vor der Emigration gegenüber Parteifreunden: *"Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte."*

Die Vorbereitungen zum Maifeiertag in Oldenburg waren Sonderkommandos der SA und des Stahlhelms übertragen worden. Es sollte nach de-

ren Willen ein *"Volksfest"* werden, um die *"unbedingte Solidarität"* des NS-Staates mit der Arbeiterschaft zu bekunden". So wurde aus den Waldungen von Bloh und Metjendorf Grün herbeigeschafft, und die NS-Frauenschaft sowie die Frauenorganisation des Stahlhelms banden über 3000 m Girlanden. Die bekannte Gaststätte "Fischers Parkhaus" ließ in der Presse inserieren, daß in dem Hause am *"nationalen Tag der Arbeit"* ein *"Deutsches Kaffeekränzchen"* stattfinden würde, und das Kurhaus Dreieberg empfahl sich für ein *"Großes nationales Festkonzert"* und gab weiter bekannt, daß sämtliche Räume *"nationalen Festschmuck"* anlegen würden. Der Lappan zeigte aus Anlaß des 1. Mai in seinem Schaufenster *"Bilder und Porträts der Männer der nationalen Revolution"* und ein bekannter Schlachtermeister fertigte aus nationaler Begeisterung *"in Talg vorbildlich das Brandenburger Tor"*. -

"Bei allem aber kam zum Ausdruck, daß der einigende Gedanke an die großen Führer der Nation, Hindenburg und Hitler, vorherrschend ist. Mit einem Wort: Die Stadt Oldenburg hatte in ihrer Gesamtheit eine Ausschmückung erhalten, wie sie seit dem Jahre 1913 (Jahrhundertfeier des traditionellen oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91) noch nicht wieder erfolgt war, sogar noch weit übertraf."

Natürlich hatte dieses alles nichts mehr mit dem traditionellen 1. Mai der Arbeiterbewegung zu tun. Auch die roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, unter denen bisher demonstriert worden war, waren selbstverständlich nicht dabei. Hakenkreuzfahnen und Schwarz-Weiß-Rot-Symbole beherrschten die Straße.

Die Teilnahme an den Maifeiern wurde zur *"nationalen Pflicht"* erklärt. NS-Oberbürgermeister Dr. Rabeling verfügte es für die städtischen Bediensteten so: *"Auf Wunsch des Staatsministeriums wird den Beamten und Angestellten sämtlicher städtischen Dienststellen dringend nahegelegt, sich an den Veranstaltungen am 1. Mai, dem Feiertag der nationalen Arbeit persönlich zu beteiligen."* Aber es gab wohl auch so etwas wie einen neuen Aufbruch; jedenfalls marschierten viele freudig mit, denen es vorher nie eingefallen wäre, den 1. Mai zu feiern - und die auch nach 1945 keinen Anlaß sahen, an den von den Gewerkschaften organisierten Maifeiern wieder teilzunehmen.

Der Tag selbst begann in Oldenburg mit einem Glockengeläut der Kirchen und dem Hissen der Hakenkreuzfahnen. Am Vormittag wurde auf dem Pferdemarkt eine *"Nationalsozialistische Morgenfeier"* abgehalten, an der geschlossen die Prominenz von Staat, Stadt, Gesellschaft, Wehrmacht und Partei teilnahm und die von Geistlichen beider Konfessionen eröffnet wurde. Danach erfolgte eine kurze Ansprache des Ministerpräsidenten und NS-Gauleiters Carl Röver, anschließend hörte man geschlossen die Übertragung der Hauptkundgebung aus Berlin.

Am Nachmittag erfolgte dann ein Umzug durch die Straßen der Stadt, an denen rund 13000 Männer teilnahmen - den Frauen war die Teilnahme an dem Marsch ausdrücklich untersagt worden. *"Der Zug wurde eröffnet mit je einem Führer der SA und des Stahlhelms, denen eine Gruppenkolonne SA-Leute und Stahlhelmer folgte. Dann folgten die Reitervereine mit ihrem Präsidenten Hullmann (ein bekannter Schnapsfabrikant) an der Spitze. Ihnen schlossen sich an: der Freiwillige Arbeitsdienst, die verschiedensten Be-*

rufe, die Ordnungspolizei und Gendarmerie, die Beamten der Reichsbahn, der Post, der Zoll- und Finanzverwaltung, die Beamten der Landesverwaltung und Kommunalbehörden, die studentischen Korporationen, der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, die Innungen und Bauernorganisationen, die Turn- und Sportvereine, die SA und Hitlerjugend, der Stahlhelm und Jungstahlhelm, der Kyffhäuserbund und die Schützenvereine. Etwa 40 Festwagen konnte man im Zuge bemerken, einige sehr schön und interessant aufgemacht. Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte über eineinhalb Stunden." So ein zeitgenössischer Bericht.

Nach dieser in ihrem Sinne sehr gelungenen Feier fühlten sich die Machthaber legitimiert, nunmehr reichsweit zum entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften auszuholen. Zentral geleitet von der Reichsleitung der NSDAP wurde für die Aktion in Oldenburg von der örtlichen Parteileitung der Kreisleiter der NSBO dafür bestimmt. Aus dieser NS-Untergliederung, die die "Gewerkschaftsorganisation" der NSDAP darstellte, ohne aber jemals großen Einfluß zu gewinnen, stammt auch der Bericht über die Besetzung der Gewerkschaftsbüros in Oldenburg, auf dem sich im wesentlichen die nachfolgenden Angaben stützen.

Danach begann die gewaltsame Aktion kurz nach 10 Uhr am 2. Mai 1933, an der neben dem Kommissar von der NSBO auch der Kreisleiter der NSDAP mit einem Trupp SA und SS teilnahm, die bereits vorher die Gebäude umstellt hatten.

Zunächst wurde das Büro des örtlichen ADGB, das sich im Bavaria-Haus am Julius-Mosen-Platz befand, durchsucht, der Geschäftsführer Jan Flach kurz verhört und dann in Haft genommen.

Danach folgte das gleiche in dem Gewerkschaftshaus Kurwickstraße 2. Hier wurde der hauptamtliche Sekretär des Eisenbahnerverbandes (und bis März 1933 örtlicher Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold) Wilhelm Wübbenhorst als erster festgenommen. Nach dem Bericht fragte Wübbenhorst nach den Gründen, erklärte, daß er gestern an der Maifeier teilgenommen habe und bemerkte außerdem, daß sein Vater an diesem Tag seinen 75. Geburtstag feiere. Es half ihm aber nichts, wenn der Bericht auch entschuldigend fortfährt:

"Für die Beamten war es in diesem Fall sehr schwer, hier die Grenze zwischen Pflicht und menschlichem Ermessen zu ziehen. Er muß sich aber vor Augen führen, daß der Nationalsozialismus in Dienstangelegenheiten keine Gefühlsduselei kennt und kennen darf. Es geht um das Wohl des ganzen Volkes, um die Beseitigung der maßlosen Bonzenwirtschaft, die ein 60 Millionenvolk in Tod und Verderben getrieben hätte, wenn nicht in unserem Führer Adolf Hitler in letzter Stunde der Retter entstanden wäre."

Neben Flach und Wübbenhorst wurden noch die hauptamtlich tätigen Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes Lieb, des Nahrungsmittelverbandes Meier, vom Buchbinderverband Bachmann, vom Bauarbeiterverband Schütt, vom Metallarbeiterverband Zimmermann und von der Angestelltengewerkschaft deren Geschäftsführer Battary verhaftet. Wobei der Letztgenannte sein Büro in der Rosenstraße hatte.

Die Festnahmen müssen wohl ohne größere Schwierigkeiten verlaufen sein, denn in dem Bericht heißt es weiter: *"Bei allen Verhaftungen das selbe Bild, die ehemaligen marxistischen Schreier entpuppten sich als elende Feiglinge"*. Ein gutes Gewissen schien man allerdings nicht zu haben, und

auch Angst vor einem eventuellen Widerstand seitens der Mitglieder schien man zu fürchten, denn der Bericht fährt fort: *"Um einen ruhigen Verlauf der gesamten Aktion von vornherein zu gewährleisten, mußten die Vorsitzenden der in Frage kommenden Verbände in Schutzhaft genommen werden. Es kann aber zur Beruhigung der Bevölkerung und vor allem der nächsten Angehörigen der Inhaftierten mitgeteilt werden, daß es sich um eine reine Vorbeugungsmaßnahme handelt und die Inhaftierten, sobald die Lage geklärt ist, wieder auf freiem Fuß gesetzt werden können"*. Was in diesem Fall sogar stimmte, denn tatsächlich kamen die Festgenommenen nach wenigen Tagen wieder frei, standen allerdings dann noch längere Zeit unter Polizeiaufsicht.

Natürlich durften Verunglimpfungen und schlichte Lügen nicht fehlen. So heißt es über das beschlagnahmte Material: *"Für die Arbeiterschaft interessant muß das beschlagnahmte Aktenmaterial sein, das zum größten Teil aus sexuellen Zeitungen und Schriften, die auf einem Vervielfältigungsapparat hergestellt waren, bestand"*.

Bedauert wurde nur, daß die Kassen sämtlicher Verbände nicht so gefüllt waren, wie man es wohl erwartet hatte. Aber das gesamte vorhandene Vermögen wurde beschlagnahmt. Um einen *"Korruptionssumpf"* trocken-zulegen, wie man diesen Diebstahl bezeichnete.

Die nicht verhafteten untergeordneten Gewerkschaftsangestellten waren noch wochenlang damit beschäftigt, eine korrekte Übergabe des Kassenbestandes zu ermöglichen. Ein bürokratisches Geschäft von fragwürdiger Redlichkeit, das nur zähneknirschend ausgeführt wurde. Wobei sich auch herausstellte, daß von Korruption und Unterschlagung

keine Rede sein konnte. Stillschweigend wurde dann auch dieser Vorwurf nicht wiederholt.

Der Raub des Gewerkschaftsvermögens traf aber nicht nur den organisatorischen Apparat und die hauptberuflich tätigen Funktionäre, sondern vor allem auch viele Beitragszahler mit ihren erworbenen Rechten. Ebenso Arbeitslose, Invaliden, Witwen und Waisen, die so um ihre kargen Ansprüche gebracht wurden, trotzdem man das Versprechen gegeben hatte: *"Durch die Gewerkschaftsübernahme soll der Arbeiterschaft kein Schaden entstehen, deshalb müssen die Beiträge von den Unterkassierern weiter einkassiert und eingezahlt werden."*

Der Schluß des Berichtes lautet: *"Nachdem alles geregelt und eingeteilt, wurde auf dem Gewerkschaftshaus die Flagge unserer Freiheitsbewegung hochgezogen. Das ist ein geschichtlich historischer Hergang. Adolf Hitler hat die Aufgabe in die Hand genommen, den Arbeiter aus dem marxistischen Sumpf zu befreien."*

Die ehrenamtlichen Funktionäre wurden am nächsten Tag in das Gewerkschaftshaus eingeladen, wo ihnen NS-Funktionäre erläuterten, was zukünftig mit der Gewerkschaftsbewegung geschehen solle. Darüber heißt es in einem Artikel der "Münsterländischen Tageszeitung", 5. Mai 1933:

"Die Funktionäre der Freien Gewerkschaften unter Leitung der NSBO. Von der Kreisleitung des NSBO waren die Funktionäre der Freien Gewerkschaften zum Gewerkschaftshaus geladen worden, wo ihnen Pg. Niemöller die Stellung des Nationalsozialismus zur Gewerkschaftsfrage auseinandersetzte. Weitere Ausführungen machte der Kreisleiter der NSBO Schwans."

Aber nach einer Entscheidung Adolf Hitlers wurde nicht die NSBO Nachfolger der Gewerkschaften. Deren Erbe trat am 10. Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF) an, in der sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber vertreten waren. Die Tarifarbeit wurde vom Staat eingesetzten *"Treuhändern der Arbeit"* übertragen.

Soweit zu den Ereignissen des 1. und 2. Mai 1933 in Oldenburg und dem Ende der Gewerkschaftsarbeit. In den Jahren 1934 bis 1939 wurde der 1. Mai ähnlich begangen, wenn auch nicht so spektakulär wie im Jahre der Machtergreifung.

Auch während des 2. Weltkrieges blieb der 1. Mai ein bezahlter Feiertag; allerdings fanden keinerlei Kundgebungen oder Umzüge statt. Adolf Hitler persönlich ordnete an, daß die *"Arbeiter der Stirn und Faust"* sich an diesem Tage erholen sollten.

Die Wiederbegründung als "Tag der Arbeit" nach 1945

Gleich nach der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes begannen die ehemaligen Gewerkschafter ihre Organisationen wieder aufzubauen. Auch hier in Oldenburg bildete sich ein Gründungsausschuß, bestehend aus ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären unterschiedlicher parteipolitischer Richtung. Darunter auch der ADGB-Vorsitzende bis 1933, Jan Flach. Nach einigem Hin und Her mit der englischen Militärregierung wurde ihnen mitgeteilt, daß die offizielle Zulassung der Gewerkschaften in Oldenburg am 1. Mai 1946 erfolgen solle. Trotz des Mißbrauchs des Maigedankens durch das NS-Regimes wurde sofort auf diesen symbolträchtigen Tag hingearbeitet, um mit diesem Datum die Arbeit offiziell wieder zu beginnen.

Erwin Fritzsche, im Gründungsausschuß einer der Männer der *"Ersten Stunde"* und ab 17. Mai 1946 auch hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaften, berichtete später, daß viele der Gewerkschafter mit gemischten Gefühlen an die Vorbereitung der Maifeier 1946 herangingen. Die eindrucksvolle Großveranstaltung mit über 2000 Teilnehmern in der überfüllten GEG-Halle zeigte dann aber, daß die Ideale dieses höchsten Feiertages der Arbeiterbewegung trotz des Mißbrauchs in den letzten 12 Jahren noch recht lebendig waren.

Die wenige Tage zuvor lizenzierte "Nordwest-Zeitung" (NWZ) berichtete am 3. Mai 1946 über diese erste Maifeier der Nachkriegszeit:

"In Oldenburg sprach in einer großen Kundgebung in der Versammlungshalle der GEG-Fleischwarenfabrik der stellvertretende Vorsitzende der

Allgemeinen Freien Gewerkschaft, Robert Richter, der darauf hinwies, daß die nun zu gründenden neuen Gewerkschaften nicht mehr politisch und konfessionell gespalten sein dürften, sondern ihre ganze Kraft für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzen müssen."

Anläßlich dieser Veranstaltung konnte bekanntgegeben werden, daß ab sofort die Mitgliederwerbung erlaubt sei. Bei der Maikundgebung 1947 konnte dann bekanntgegeben werden, daß die Mitgliederzahl in der "Allgemeinen Freien Gewerkschaft, Bezirk Oldenburg", der die Stadt und einen Teil des Landkreises Oldenburg, sowie die Kreise Vechta, Cloppenburg und Ammerland umfaßte, schon auf über 10000 gestiegen sei.

Erstmals wurde auch wieder demonstriert, wie sich aus dem Bericht der "NWZ" vom 03.05.1947 ergibt: *"In den kühlen Morgenstunden des 1.Mai bewegten sich die Demonstrationzüge aus allen Stadtteilen zum Pferdemarkt. Sie führten zahlreiche Plakate mit, die die sozialen Forderungen der Gewerkschaften verkündeten. Die große Kundgebung der Schaffenden wurde verschönt von einer Musikkapelle der Eisenbahner und dem Arbeiter Gesangsverein und begann mit einem feierlichen Gedenken für alle, die ihr Leben gelassen haben im Kampf der Arbeiterbewegung und in den Jahren der Hitler Tyrannie. Der Hauptredner, Otto Behrend, erhob die Forderung auf Freilassung der Kriegsgefangenen und sprach dann über die Arbeit der Allgemeinen Freien Gewerkschaft in Oldenburg."*

Der Referent, Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft, forderte darüber hinaus Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft und ging dabei auf die wohl aktuellste Forderung jener Zeit ein, die Versorgungslage der Arbeitnehmer:

"Die Not der Flüchtlinge und arbeitenden Menschen brauchte nicht so groß sein, wenn nicht durch gewissenlose Geschäftsleute Waren gehortet würden. Die Gewerkschaft habe eine Woche lang Geschäfte überprüft und dabei Tausende von Gebrauchsgegenständen vom Kinderwagen bis zur Bratpfanne ermittelt und diese an die Betreuungsstelle weitergeleitet. Aber das Bezirkswirtschaftsamt habe durch seine reaktionäre Einstellung stets die Gewerkschaftsarbeit sabotiert; es schütze zum Beispiel eine Firma, bei der die Gewerkschaft bereits im Januar größere Warenhortung festgestellt habe. Die Stadtvertretung dagegen habe ihren energischen Willen bekundet, in den städtischen Dienststellen keine Unregelmäßigkeiten zu dulden.

Weiter kam der Redner auf den "Kalorienzauber" zu sprechen und stellte fest, der deutsche Arbeiter habe sich anständiger benommen als mancher Bauer. Die Ursachen der schlechten Ernährungslage seien ein mangelhaftes Erfassungssystem, ungenügende Erzeugung und die Unmoral vieler Erzeuger und Verbraucher. Die Gewerkschaft sage jeder Kompensation den schärfsten Kampf an. Ihre Ausschüsse bei den Kreis- und Ortsbauernschaften würden die Ordnung auf diesem Gebiet herbeiführen. Wenn die Landesbauernschaft versuchen sollte, mit der Gewerkschaft ein Doppelspiel zu treiben, dann werde diese der Nazihochburg an der Marslatourstraße den Fehdehandschuh hinwerfen."

Beim 1. Mai 1948 standen drei zentrale Forderungen und Anliegen im Mittelpunkt. Es waren "gleiche Brotrationen für alle", ein "gerechter Reallohn" und wiederum die "Demokratisierung der Wirtschaft". Letztere Forderung war besonders aktuell, denn längst wurde zu dieser Zeit an dem Neuaufbau des Staates und der Wirtschaft gearbeitet. Im einzelnen führte der

Mairedner dieses Jahres, der niedersächsische DGB-Vorsitzende, Hermann Beermann, dazu aus, daß die Entmachtung des Monopolkapitals eine unabdingbare Forderung der Gewerkschaften sei. *"Neben der Verge-sellschaftung der Schlüsselindustrien müßten die Schaffenden auch die Einführung der Wirtschaftsdemokratie und die paritätische Besetzung der Wirtschaftskammern fordern. Es müsse die einheitliche Versorgung der gesamten Bevölkerung erfolgen. Die unterschiedliche Brotzuteilung habe zu ag-gresiven Maßnahmen der Arbeiter in Niedersachsen geführt, doch hoffe man auf eine Lösung dieser Frage bereits in den nächsten Tagen. Der Redner be-schäftigte sich auch mit der Forderung nach einem gerechten Reallohn und wandte sich gegen die von der Militärregierung freigegebene 15prozentige Lohnerhöhung, die nicht ausreiche, um eine Angleichung an die angezogenen Preise zu schaffen. Diese Frage müsse auch noch vor einer Währungsreform geklärt werden, damit nicht anschließend sofort neue Lohnforderungen zum Nachteil der Wirtschaft erhoben werden müßten. Mit der Aufforderung zum Zusammenschluß aller Werktätigen in der Gewerkschaft klang die Maikund-gebung aus."* So die "NWZ" vom 4. Mai 1948.

Inzwischen war aus der "Allgemeinen Freien Gewerkschaft, Bezirk Olden-burg" der DGB-Kreisausschuß (später Kreis) Oldenburg geworden, nach-dem der Gründungskongreß für die britische Zone die endgültige Organi-sationsform der Einheitsgewerkschaft festgelegt hatte. Über die örtlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Beschlusses berichtete Erwin Fritzsche später: *"Nach der Währungsreform gab es auch schon erste Schwierigkeiten in der Organisation; denn bereits Ende 1947 mußte die Allg. freie Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Beschluß des Bie-lefelder Zonenkongresses in Industriegewerkschaften umorganisiert werden.*

Dies bedeutete für unsere ländlichen Gewerkschaftsgruppen zunächst eine Zersplitterung und brachte vorübergehend eine Stockung in der Arbeit, ehe die autonomen Einzelgewerkschaften ihre Arbeit überall in den Griff bekamen. Die Abspaltung der DAG und die Gründung besonderer Beamten-gewerkschaften im Beamtenbund vor dem DGB-Gründungskongreß in München machte den Aufbau der Angestellten- und Beamtenorganisationen im Deutschen Gewerkschaftsbund nötig."

Die Maifeiern jener Jahre waren noch recht imposante Demonstrationen für den Willen der Arbeitnehmerschaft. Fünfstellige Teilnehmerzahlen in Oldenburg waren die Regel und mit gut 20000 Personen am 1. Mai 1951 war diese Kundgebung auf dem Schloßplatz die bisher größte. Referent dieses Jahres war der Hamburger Bürgermeister Max Brauer, der in seiner Ansprache daran erinnerte, daß er 1907/08 als junger Mann in Osternburg auf der Glashütte gearbeitet habe und auch den örtlichen Verband der Glasmacher geführt habe. Anschließend traf er dann auch noch mit seinen ehemaligen Kollegen von der Hütte zu einem Erinnerungsaustausch zusammen.

Zunehmende gewerkschaftliche Erfolge im Zeichen des "Wirtschaftswunders" der ersten Nachkriegsjahrzehnte, insbesondere in der Lohn- und Sozialpolitik, ließ dann - paradoxerweise - die Teilnehmerzahl an den Maifeiern immer weiter zurückgehen. Selbst für den Großteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer wurde der 1. Mai zu einem im wahrsten Sinne des Wortes "Bezahlten Feiertag", bei dem man lieber privaten Interessen nachging und nicht die ansonsten allgemein anerkannten Forderungen mit unterstützte. Viele entfremdeten sich von

dem ursprünglichen Maigedanken und die zunehmende Individualisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft machte sich auch in der Gewerkschaftsbewegung breit. Von rund 5000 Teilnehmern an den Maikundgebungen ab Mitte der 50er Jahre waren es zu Anfang der 60er Jahre noch etwa 3000. 1963 wurde daher auch im örtlichen Kreisvorstand des DGB die Frage diskutiert, ob die bisherige Form der Mai-Feier (Demonstration mit anschließender Kundgebung) noch zeitgemäß sei. Zwar wurde zu dieser Zeit noch keine Entscheidung getroffen, aber das Problem wurde nur vertagt.

Ab 1971 begann man dann in Oldenburg, den 1. Mai in Form einer Veranstaltung am Vorabend dieses Tages in der Weser-Ems-Halle zu begehen. Man kehrte also zu der Form zurück, wie man den 1. Mai in den ersten Jahrzehnten nach 1890 begangen hatte. So wurde zu Beginn dieser Veranstaltungen des 1. Mai's und seiner Bedeutung gedacht, aktuelle Forderungen vorgetragen - dann aber das Tanzbein geschwungen. Dabei gelang es, recht prominente Redner nach Oldenburg zu bekommen, die man am Tage des 1. Mai wohl nicht an die Hunte gekriegt hätte. So 1971 der stellv. DGB-Bundesvorsitzende Gerd Muhr, der an diesem Tage auf die 25jährige erfolgreiche Arbeit des DGB-Kreises Oldenburg hinweisen konnte. 1973 kam Hans-Jochen Vogel, ein Jahr später der damalige Bundesarbeitsminister Walter Arend, 1976 der IG-Metall Vorsitzende Eugen Loderer und 1977 Willy Brandt.

Unumstritten war die Saalkundgebung nie gewesen und so kehrte man ab 1980 zu der traditionellen Form der Maifeier auf der Straße wieder zurück. Der Entschluß dazu wurde auch begünstigt durch die Erwartung,

daß der gewerkschaftlich orientierte Flügel der Studentenschaft der Oldenburger Universität sich aktiv daran beteiligen würde. Was sich dann ja auch als zutreffend erwies. Dieses galt aber nicht nur für die Studentenschaft, sondern auch die Präsidenten der Universität sprachen des öfteren auf den Maikundgebungen. Ein Zeichen des guten Verhältnisses der jungen Universität zu der Gewerkschaftsbewegung, das seinen besonderen Ausdruck auch in einem bereits 1974 abgeschlossenen Kooperationsvertrag zwischen der Universität Oldenburg, der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN und dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen fand.

Auf dieser ersten Kundgebung 1980 nach zehn Jahren wieder unter freiem Himmel sprach Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, und 1981 als bisher prominentester ausländischer Gast der Präsident des niederländischen Gewerkschaftsbundes Wim Kok, als Ausdruck der guten Kontakte des DGB-Kreises Oldenburg zu der Arbeitnehmerorganisation des westlichen Nachbarstaates.

Im letzten Jahrzehnt wurde der 1. Mai gewöhnlich in der Form begangen, daß am Vormittag ein Demonstrationszug vom Gewerkschaftshaus an der Kaiserstraße bis zum Marktplatz führte, wo dann die Kundgebung stattfand. Eine kulturelle Veranstaltung im Gewerkschaftshaus schloß sich an. Die Zahl der Teilnehmer bewegte sich zwischen 3000 bis 4000.